



**Stadtwerke Halle GmbH,  
Halle (Saale)**

**Prüfung des Konzernabschlusses  
zum 31. Dezember 2011 und des  
Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2011  
(Testatsexemplar)**

Unverbindliches Ansichtsexemplar – Maßgeblich ist der Prüfungsbericht in Papierform

1. Ausfertigung



## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den von der

**Stadtwerke Halle GmbH,  
Halle (Saale)**

aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.


Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens- Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.


Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.


Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

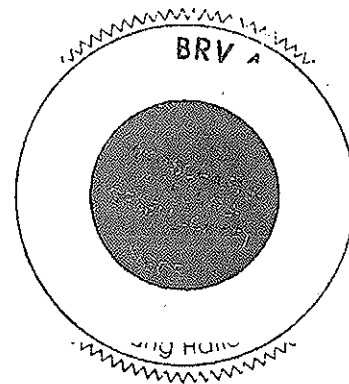
Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), 7. Juni 2012

  
Noack  
Wirtschaftsprüfer

  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

  
Kanne  
Wirtschaftsprüfer



## Anlagen

---

## Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011
- Anlage 2 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011
- Anlage 3 Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2011 einschließlich  
Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2011
- Anlage 4 Konzern-Kapitalflussrechnung 2011
- Anlage 5 Konzern-Eigenkapitalspiegel 2011
- Anlage 6 Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2011

AKTIVSEITE			PASSIVSEITE		
	31.12.2011	31.12.2010		31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR		EUR	EUR
<b>A. Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs</b>	<b>31.338,00</b>	<b>52.614,00</b>	<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>B. Anlagevermögen</b>			<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>30.000.000,00</b>
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			<b>II. Kapitalrücklage</b>	<b>24.908.009,81</b>	<b>24.908.009,81</b>
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.754.161,44	2.944.640,83	<b>III. Erwirtschaftetes Kapital</b>		
2. Geschäfts- oder Firmenwert	2.558.775,04	3.839.766,26	Gewinnrücklagen der einbezogenen Unternehmen	219.772.546,15	204.087.320,01
3. Geleistete Anzahlungen	383.458,17	332.125,66	<b>IV. Anteile anderer Gesellschafter</b>	<b>-1.039.446,33</b>	<b>-1.028.080,83</b>
	6.678.395,55	7.116.532,95	<b>V. Konzern-Bilanzgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>II. Sachanlagen</b>			<b>B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	<b>10.683.342,97</b>	<b>21.627.167,05</b>
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	128.530.157,02	129.334.000,81	<b>C. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge</b>	<b>287.828.281,72</b>	<b>280.794.640,14</b>
2. Technische Anlagen und Maschinen	601.416.111,55	611.348.024,53	<b>D. Rückstellungen</b>		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.688.324,80	18.392.209,63	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.745.463,83	847.635,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	44.648.822,52	32.711.161,03	2. Steuerrückstellungen	2.271.818,12	4.856.345,21
	891.281.515,89	891.785.395,10	3. Sonstige Rückstellungen	171.943.003,43	182.530.631,53
<b>III. Finanzanlagen</b>				176.980.285,48	188.334.611,74
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	50.000,00	25.000,00	<b>E. Verbindlichkeiten</b>		
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	13.384.383,53	13.921.317,39	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	418.172.994,63	412.586.636,94
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	1.122.637,17	872.637,17	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.614.180,61	1.658.452,97
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	5.000.000,00	5.000.000,00	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.458.855,07	47.523.638,31
5. Sonstige Ausleihungen	2.558.458,41	2.558.458,41	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	832.708,22	0,00
	22.113.480,11	22.375.413,97	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.157.660,68	22.603.238,84
	1.020.071.391,85	1.021.277.343,02	6. Sonstige Verbindlichkeiten	22.273.632,78	28.006.203,31
<b>C. Umlaufvermögen</b>			davon aus Steuern: EUR 6.917.644,24 (Vorjahr: TEUR 11.015) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 10.720,22 (Vorjahr: TEUR 11)		
<b>I. Vorräte</b>				485.510.230,17	510.678.559,37
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.583.268,03	6.837.804,47	<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>15.125.645,10</b>	<b>13.208.018,04</b>
2. Unfertige Leistungen	1.118.616,31	728.738,85			
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	103.341,74	107.152,37			
4. Geleistete Anzahlungen	16.623,25	0,00			
	8.821.849,33	7.673.795,79			
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	63.283.747,55	51.156.032,00			
2. Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen	1.541.562,84	0,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	310.734,21	14.041.749,01			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	17.783.240,57	23.902.443,32			
	82.899.285,17	89.100.224,33			
<b>III. Wertpapiere</b>					
Sonstige Wertpapiere	63.315.668,83	65.290.898,46			
	63.315.668,83	65.290.898,46			
<b>IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>					
	82.138.883,80	96.417.135,48			
	237.175.688,83	258.482.052,08			
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2.368.213,13</b>	<b>2.788.708,97</b>			
<b>E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>302.545,36</b>	<b>181.778,88</b>			
	<b>1.259.849.175,07</b>	<b>1.282.782.488,13</b>		<b>1.259.849.175,07</b>	<b>1.282.782.488,13</b>

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2011

	EUR	2011 EUR	2010 EUR
1. Umsatzerlöse		574.038.348,75	554.560.001,73
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		389.877,36	559.792,88
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		5.079.785,76	3.368.719,43
4. Sonstige betriebliche Erträge		63.180.660,05	82.723.480,91
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	278.902.464,29		261.617.710,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	71.214.120,01		64.855.385,83
		350.116.584,30	326.473.096,25
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	92.711.254,69		89.465.704,30
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 3.912.543,39 (Vorjahr: TEUR 3.123)	21.633.266,67		20.616.546,00
		114.344.521,36	110.082.250,30
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		66.553.801,46	77.433.046,85
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		73.018.397,05	87.261.827,94
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 137.648,85 (Vorjahr: EUR 804.943,70)		137.648,85	2.226.792,41
10. Verluste aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 879.444,65 (Vorjahr: EUR 93.776,02)		879.444,65	198.196,73
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		237.657,21	235.204,90
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 12.381,09 (Vorjahr: EUR 0,00)		3.638.716,44	5.830.786,34
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		701.768,42	394.252,54
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme		304.923,87	0,00
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 30,87 (Vorjahr: EUR 0,00)		19.783.781,09	19.480.422,57
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<b>20.999.472,22</b>	<b>28.181.685,42</b>
17. Außerordentliche Erträge		517.698,15	795.840,23
18. Außerordentliche Aufwendungen		5.610.948,49	16.036.133,60
19. Außerordentliches Ergebnis		-5.093.250,34	-15.240.293,37
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-1.347.265,12	3.197.700,91
21. Sonstige Steuern		1.545.235,88	2.219.404,30
22. Konzernjahresüberschuss		<b>15.708.251,12</b>	<b>7.524.286,84</b>
23. Einstellungen in Gewinnrücklagen		15.705.226,14	7.054.814,49
24. Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn		3.024,98	469.472,35
25. Konzern-Bilanzgewinn		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## **Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)**

### **Anhang zum Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011**

#### **I. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss**

Der Konzernabschluss ist auf den Stichtag des Jahresabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), den 31. Dezember 2011, aufgestellt. Die Jahresabschlüsse aller zum Konsolidierungskreis gehörenden Konzernunternehmen sind ebenfalls zum 31. Dezember 2011 aufgestellt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt. Für den Jahresabschluss der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale), fanden zudem die Vorschriften des Aktiengesetzes und die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 13. Juli 1988 Anwendung.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind außerdem einheitlich nach der „Richtlinie für die Erstellung der Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen und des Konzernabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH“ aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen § 298 Abs. 1 HGB i. V. m. §§ 265, 266 und § 275 HGB mit Ausnahme der konsolidierungsspezifischen Posten und weiteren, den Besonderheiten von Konzernunternehmen entsprechenden Posten.

Der Konzernabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Konzernjahresergebnisses aufgestellt.

## II. Abgrenzung des Konsolidierungskreises

### 1. Konzernunternehmen

In den Konzernabschluss werden gemäß § 294 Abs. 1 HGB die SWH als Mutterunternehmen und alle unter deren einheitlicher Leitung stehenden 17 (Vorjahr: 17) Tochterunternehmen mit Sitz im Inland einbezogen.

Die Konzernunternehmen sind:

1.	Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale) (SWH)		
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	172.807.444,16
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011)	EUR	7.523.703,47
2.	Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale) (HAVAG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	83.582.738,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
3.	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale) (HWS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	68.897.778,95
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
4.	Hafen Halle GmbH, Halle (Saale) (Hafen)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	731.102,56
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
5.	EVH GmbH, Halle (Saale) (EVH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	77.917.373,71
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
6.	TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale) (TELONON)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	25.564,59
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00

7.	RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L., Schkopau (RPL)		
	Anteil am Kapital	%	75,1
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	94.127,97
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011)	EUR	-19.910,96
8.	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale) (FTZ)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	46.961,45
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011)	EUR	1.237,25
9.	Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (Maya mare)		
	Anteil am Kapital	%	94,9 (82,4 unmittelbar, 12,5 mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	3.519.430,21
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, vor Belastung der Kapitalkonten)	EUR	-217.806,71
10.	W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale) (W + H)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	224.610,70
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
11.	IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale) (IT-Consult)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	521.626,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
12.	Bäder Halle GmbH, Halle (Saale) (BHG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	323.938,26
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011)	EUR	-2.314,55
13.	Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale) (Netzgesellschaft Halle)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00

14.	WER - Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale) (WER)		
	Anteil am Kapital	%	60,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	656.453,80
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011)	EUR	14.631,37
15.	Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) (SGS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0 (mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	127.966,36
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011)	EUR	15.584,11
16.	RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (RAB)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	1.707.907,42
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
17.	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale) (Cives)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
18.	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale) (AWH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	3.624.257,98
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2011)	EUR	1.152.359,15

Auf die Einbeziehung der nachfolgenden Gesellschaft in den Konzernabschluss der SWH wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da ihr Jahresergebnis, ihre Umsatzerlöse und ihre Bilanzsumme weniger als 1 % des Konzernjahresergebnisses und Konzernumsatzes ausmachen:

Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale)		
Anteil am Kapital	%	100,0
Eigenkapital des Geschäftsjahres (2011)	EUR	21.878,99
Ergebnis des Geschäftsjahres (2011, EAV)	EUR	0,00
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale)		
Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
Eigenkapital des Geschäftsjahres (2011)	EUR	25.000,00
Ergebnis des Geschäftsjahres (2011)	EUR	0,00

## 2. Assoziierte Unternehmen

Gemäß § 311 Abs. 1 HGB werden unverändert sieben Unternehmen mit Sitz im Inland als assoziierte Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen.

1. HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L., Halle (Saale) (HAL-SAN)		
Anteil am Kapital	%	30,0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2000	EUR	173.451,72
Ergebnis des Geschäftsjahres (2000)	EUR	-147.993,04
2. Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale) (KWT)		
Anteil am Kapital	%	50,0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	10.338.250,28
Ergebnis des Geschäftsjahres (2011)	EUR	-1.282.006,46
3. A/V/E GmbH, Halle (Saale) (A/V/E)		
Anteil am Kapital	%	23,9
Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	2.123.203,28
Ergebnis des Geschäftsjahres (2011)	EUR	575.936,61

4.	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (FSA)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	132.530,00
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2011)	EUR	-39.384,00
5.	Saalebus GmbH, Halle (Saale) (Saalebus)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2010	EUR	82.146,48
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2010)	EUR	-14.057,58
6.	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH, Halle (Saale) (OBS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2010	EUR	4.620.058,09
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2010)	EUR	-99.730,26
7.	Meter 1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)		
	Anteil am Kapital	%	33,3
			(mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	313.442,43
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2011, vor Belastung auf Kapitalkonten)	EUR	-458.268,82

Aufgrund des Erwerbs weiterer 18 % Geschäftsanteile an der unter Ziff. 6. aufgeführten OBS ist der SWH-Konzern am Bilanzstichtag zu 51 % an der OBS beteiligt. Aufgrund der Neuregelungen im Gesellschaftsvertrag der OBS ist der Konzern erheblich und andauernd an der Ausübung seiner Stimmrechte beeinträchtigt. In Anwendung des § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wird auf die Einbeziehung der OBS als Tochterunternehmen nach den Vorschriften der Vollkonsolidierung verzichtet und die OBS wie in Vorjahren als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

### 3. Beteiligung an übrigen Unternehmen

1.	EWAG Energie-, Wasser- und Abwassergesellschaft Geiseltal mbH, Braunsbedra (EWAG)		
	Anteil am Kapital	%	20,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2010	EUR	602.214,22
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2010)	EUR	-974.181,84

### III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 HGB. Dabei werden die Beteiligungsbuchwerte des Mutterunternehmens mit dem zum Zeitpunkt ihres Erwerbes entsprechenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens aufgerechnet mit Ausnahme der WER, der Cives und der RAB, für die die Beteiligungsbuchwerte der HWS und der SWH mit dem Eigenkapital der WER, der Cives und der RAB zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung am 31. Dezember 2007 (WER), 1. Januar 2009 (Cives) und 31. Dezember 2008 (RAB) aufgerechnet wurden. Die Einbeziehung der Tochterunternehmen der HWS (W + H, WER, Cives), der EVH (Netzgesellschaft Halle) und der HAVAG (SGS) erfolgte in Form der Kettenkonsolidierung. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde auf Erwerbsvorgänge, die vor dem 1. Januar 2010 erfolgt sind, die Buchwertmethode angewendet. Auf nach diesem Stichtag erfolgte Erwerbsvorgänge findet die Neubewertungsmethode Anwendung.

Ein aus der Aufrechnung des Beteiligungsbuchwerts des Mutterunternehmens mit dem Eigenkapital des Tochterunternehmens entstehender aktiver Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- und Firmenwert innerhalb des immateriellen Anlagevermögens ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben; ein passiver Unterschiedsbetrag wird auf der Passivseite der Bilanz unterhalb des Eigenkapitals in einem gesonderter Posten ausgewiesen und in folgenden Geschäftsjahren gemäß § 309 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) aufgelöst.

Der Ausweis der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode erfolgt mittels der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile. Der Konzernanteil am Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der assoziierten Unternehmen wird entsprechend der vorliegenden geprüften bzw. ungeprüften (bei nicht prüfungspflichtigen Unternehmen) Jahresabschlüsse periodengleich dem Anteilswert zugeschrieben bzw. vermindert diesen; vereinnahmte Gewinnausschüttungen von assoziierten Unternehmen werden im Jahr des Zuflusses vom Anteilswert abgesetzt. Für diese Gesellschaften sind die letzten vorliegenden Jahresabschlüsse zugrunde gelegt worden.

Die am Bilanzstichtag fortgeführten aktiven Unterschiedsbeträge aus der erstmaligen Anwendung der Equity-Methode, die auf stille Reserven in Beteiligungen entfallen, betragen TEUR 9.625; die fortgeführten passivischen Unterschiedsbeträge belaufen sich auf TEUR 1.853.

Ausleihungen und andere Forderungen sowie Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden gegeneinander aufgerechnet, konzerninterne Rückstellungen werden aufgelöst.

Umsatzerlöse und andere Erträge zwischen den konsolidierten Unternehmen werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Die Auswirkungen aus den erfolgswirksamen Konsolidierungsvorgängen des Vorjahres sowie die vereinnahmten Gewinnausschüttungen der assoziierten Unternehmen für 2011 wurden mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet.

#### **IV. Erläuterungen zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und -verlustrechnung**

##### **A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der Einzelabschlüsse der konsolidierten Unternehmen und unter Beachtung der Grundsätze der §§ 290 bis 315 HGB erstellt.

Wie im Vorjahr werden die im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden einheitlich nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der SWH bilanziert.

Auf eine Anpassung der der Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen zugrunde liegenden Vermögensgegenstände und Schulden auf konzerneinheitliche Bewertungsmethoden wurde unter Bezugnahme auf den Grundsatz der Wesentlichkeit verzichtet.

Besondere Ansatz- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses wurden nicht wahrgenommen.

##### **Aktiva**

Die Gesellschaft hat in Vorjahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemäß § 269 HGB a. F. **Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebs** als Bilanzierungshilfe zu aktivieren. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Begleitung für die Maßnahmen zur Stärkung des KV-Standortes. Die Abschreibung erfolgt linear über vier Jahre. Gemäß Art. 67 Abs. 5 Satz 1 EGHGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Bilanzierungshilfe beizubehalten und nach § 269 Satz 2 HGB a. F. planmäßig zu tilgen.

**Immaterielle Vermögensgegenstände** und **Sachanlagen** wurden ausgehend von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den aktivierungspflichtigen direkt zugeordneten Einzelkosten auch angemessene Teile der Gemeinkosten sowie der Werteverzehr des Anlagevermögens einbezogen. Bei Maßnahmen im Bereich der HAVAG, für die die Gesellschaft Zuwendungen gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungs-, Investitionsförderungs-, Regionalisierungsgesetz und dem Gesetz über den öffentlichen Personen-

nahverkehr im Land Sachsen Anhalt erhält, beruht die Bewertung der aktivierten Eigenleistungen auf dem Eisenbahnkreuzungsgesetz i. V. m. der ersten Eisenbahnkreuzungsordnung.

Die **planmäßigen Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände, Gebäude und Sachanlagen wurden linear entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Sofern angezeigt, wurden im Geschäftsjahr **außerplanmäßige Abschreibungen** aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen oder beibehalten.

Der sich im Zusammenhang mit dem Anteilskauf von weiteren 10 % der EVH mit Wirkung zum 1. Januar 2006 ergebende aktivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung von EUR 8,6 Mio. wird als **Geschäfts- oder Firmenwert** ausgewiesen und ab dem Geschäftsjahr 2007 über vier Jahre zu je 25 % abgeschrieben. Gleichermaßen wird mit den sich aus den im Geschäftsjahr 2007 vorgenommenen Anteilsenerwerben an der WER und aufgrund der erstmaligen Einbeziehung der Netzgesellschaft Halle ergebenden aktivischen Unterschiedsbeträgen verfahren, die beginnend ab dem Geschäftsjahr 2008 über vier Jahre zu je 25 % abgeschrieben werden.

Des Weiteren werden hier die sich im Zusammenhang mit den mit Wirkung zum 1. Januar 2009 vollzogenen Anteilskäufen ergebenden aktivischen Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Aus dem 100%igen Anteilskauf an der AWH ergibt sich ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 5.117, der beginnend ab dem Geschäftsjahr 2010 über vier Jahre zu je 25 % abgeschrieben wird.

**Geringwertige Wirtschaftsgüter** mit Anschaffungs- bzw. Herstellkosten von maximal EUR 410 werden im Jahr ihrer Anschaffung bzw. Herstellung voll abgeschrieben. Die bestehenden jahresbezogenen Sammelposten aus Zugängen geringwertiger Wirtschaftsgüter im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2009 werden fortgeführt und linear über fünf Jahre planmäßig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden bis 2007 im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Von dieser Regelung abweichend wurden die in den Jahren 2003 und 2004 angeschafften Müllgroßbehälter der HWS über einen Nutzungszeitraum von acht Jahren abgeschrieben.

Für Grunddienstbarkeiten wurden zur dinglichen Sicherung des Leitungsbestandes (Anlagenbestand am 3. Oktober 1990) die voraussichtlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge (zuzüglich Vermessungskosten) ermittelt und als nachträgliche Herstellungskosten der Ver- und Entsorgungsleitungen aktiviert. Die Ermittlung der belasteten Flächen auf Privatgrundstücken erfolgte unter Zugrundelegung entsprechender Grundbuchunterlagen und der für Versorgungsleistungen geltenden Schutzstreifenbreite. Die Bewertung der Flächen erfolgte in Anlehnung an bisher ermittelte Ausgleichsbeträge sowie unter Beachtung der sich für die Stadt Halle (Saale) ergebenden Verkehrswerte auf der Grundlage der Bodenrichtwertkarten Stand 1995. In Höhe der aktivierten Grunddienstbarkeiten wurde für die voraussichtlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge

(zuzüglich Vermessungskosten) eine Rückstellung gebildet. Die Grunddienstbarkeiten werden über die durchschnittliche Restnutzungsdauer der Ver- und Entsorgungsleitungen abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** wurden mit Ausnahme der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Sofern angezeigt, wurden die Anschaffungskosten um außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert bzw. mit ihrem Erinnerungswert angesetzt. Sofern die Gründe für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung entfallen sind, werden die Finanzanlagen auf ihre ursprünglichen Anschaffungskosten gemäß § 280 HGB zugeschrieben. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben.

Abweichend vom Vorjahr wird der unter den Finanzanlagen ausgewiesene Posten Rückdeckungsversicherungsanspruch (TEUR 156) mit dem Posten Sonstige Ausleihungen zusammengefasst. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend angepasst.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu gleitenden Durchschnittspreisen anhand der Einstandspreise.

Unter den Vorräten werden unentgeltlich zugeteilte Schadstoff-Emissionsrechte (insgesamt 4.848 Berechtigungen für die Zuteilungsperiode 2011) ausgewiesen, die mit einem Erinnerungswert (EUR 1,00) angesetzt wurden. Darüber hinaus verfügt der Konzern über insgesamt 265.829 entgeltlich erworbene Schadstoff-Emissionsrechte. Unter Berücksichtigung des Börsenkurses zum Bilanzstichtag (EUR 6,98/EUA (EU-Allowance) und EUR 4,52/ERU (Emission Reduction Units)) ergibt sich für diese Emissionsberechtigungen ein Zeitwert von TEUR 1.856. Der Verpflichtung der Abgabe von Emissionsrechten bis zum 30. April des Folgejahres wurde gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB durch die Dotierung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten für bis zum Abschlussstichtag verursachte Emissionen (7.355 Emissionsrechte) Rechnung getragen, die anteilig ebenfalls mit dem Erinnerungswert ausgewiesen werden.

**Unfertige Leistungen** sind mit den Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die angefallenen Einzelkosten, angemessene Anteile an Gemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst wurde.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von Pauschalwertberichtigungen und erforderlichen Einzelwertberichtigungen angesetzt. Innerhalb der Forderungen werden erhaltene Abschlagszahlungen mit den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Strom-, Wärme- und Erdgasverbräuchen der Privat- und Gewerbekunden verrechnet. Davon abweichend ist das unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Körperschaftsteuerguthaben (§ 37 Abs. 4 KStG n. F.) zum 31. Dezember 2011 diskon-

tiert mit einem risikolosen Zinssatz basierend auf Bundesanleihen mit fristenkongruenten Laufzeiten bewertet worden.

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** sind zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Sofern der Grund für die Abschreibung entfallen ist, werden Zuschreibungen auf den Kurswert unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips vorgenommen. Bei Fonds handelt es sich um ausschüttende Fonds. Sofern Ansprüche auf Ausschüttung von ordentlichen Fondserträgen am Bilanzstichtag aktiviert sind, wurde der zur Bewertung der Fondsanteile herangezogene Kurswert um die darin enthaltenen Beträge aus Ausschüttungsansprüchen bereinigt. Die Gesellschaft hat damit zur Vermeidung der Doppelerfassung der Ausschüttungsansprüche in den sonstigen Vermögensgegenständen und den Wertpapieren des Umlaufvermögens der Abschreibung der Wertpapiere des Umlaufvermögens gegenüber der Abschreibung der Forderungen auf Ausschüttungsansprüche den Vorrang gegeben.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nominalwerten aktiviert.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten Disagien gemäß § 250 Abs. 3 HGB. Sie werden über die vertraglich vereinbarten Zinsfestschreibungsperioden linear abgeschrieben.

Seit dem Geschäftsjahr 2005 werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Prämienzahlungen für Zinscaps linear über die Laufzeit des Caps aufwandswirksam abgeschrieben.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Wert anzusetzen. Der Bewertung der Ansprüche aus Rückdeckungsversicherung für Pensionen und Ansprüche aus der Sicherung von Wertguthaben im Rahmen der Altersteilzeitregelung liegen Mitteilungen des Versicherungsunternehmens bzw. des Sicherungsunternehmens zugrunde. Soweit die Zeitwerte des Deckungsvermögens den Erfüllungsbetrag der dazugehörigen Schulden übersteigen, werden die Beträge gemäß § 246 Abs. 2 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 266 Abs. 2 HGB unter einem gesonderten Aktivposten ausgewiesen (**aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung**).

**Latente Steuern** werden gemäß § 274 Abs. 1 HGB für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, sofern diese in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Stadtwerke Halle GmbH von aktuell 31,58 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körper-

schaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung resultieren passive latente Steuern TEUR 357. Diese wurden gemäß § 306 S. 6 HGB mit den latenten Steuern nach § 274 HGB zusammengefasst. Danach verbleibt weiterhin ein Überschuss aktiver über passive latente Steuern, der im Konzernabschluss nicht angesetzt wird.

## **Passiva**

Der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** wird abweichend vom Vorjahr, in dem ein Ausweis unter dem Eigenkapital erfolgte, in einem gesonderten Posten nach dem Eigenkapital ausgewiesen. Die Vorjahresvergleichszahl wurde an den geänderten Ausweis angepasst. Gleichermaßen wurde im Eigenkapitalspiegel verfahren.

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse wurden in Höhe ihres Nennbetrages in den **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge** eingestellt.

Außerdem werden hier erhaltene Fördermittel gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Investitionsförderungsgesetz (IFG), Regionalisierungsgesetz (RG) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen Anhalt (ÖPNVG LSA) sowie Investitionszuschüsse der Stadt Halle (Saale) und anderer Dritter zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse ausgewiesen.

Die in den Sonderposten eingestellten Investitionszuschüsse wurden analog der auf die bezuschussten Anlagegegenstände im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst.

Die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmten Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag, vermindert um einen anteiligen Auflösungsbetrag in Höhe von 5,0 % des Nennbetrages, ausgewiesen. Ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmte Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag passiviert und werden über die Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

**Rückstellungen für künftige Leistungen im Rahmen von Pensionen, Dienstjubiläen, Altersteilzeitaufwendungen und Sterbegeldern** sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet. Mit Ausnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden diese nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren auf Basis der 2006 veröffentlichten Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie Erwartungen über zukünftige Preis-/Kostensteigerungen ermittelt. Dabei wurden eine angenommene Fluktuationsrate von bis zu 1 % und für das Finanzierungsalter die vorgezogenen Altersgrenzen gemäß RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 zugrunde gelegt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 7 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wurden ein Zinssatz von 5,14 % sowie eine erwartete Einkommenssteigerung von bis zu 2,5 % sowie ein Rententrend von bis zu 2,5 % zugrunde gelegt.

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden unter Beachtung der Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen nach IAS und nach handelsrechtlichen Vorschriften" vom 18. November 1998 (IDW RS HFA 3) dotiert.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Zur Sicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel in Termingeldern und Wertpapiere angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurden Kostensteigerungen zwischen 1,5% und 5,3 % berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze für 2011 je nach Restlaufzeit 3,94 % bis 5,22 %.

Die Aufwandsrückstellungen wurden gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Diese Rückstellungen sind dann mit ihrem fortgeführten Wert nach HGB a. F. bewertet. Die Bewertung nach HGB i. d. F. d. BilMoG erfolgte zur Ermittlung des Betrags der Überdotierung.

Aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertungsregeln des HGB für (langfristige) Rückstellungen wäre die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge (Bestand zum 31. Dezember 2009; TEUR 66.813) in der BilMoG-Eröffnungsbilanz um TEUR 11.045 zu reduzieren, da der Abzinsungseffekt größer ist als die in die Bewertung aufzunehmenden zukünftigen Kosten- und Preissteigerungen. Jedoch ist absehbar, dass dieser aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Daher wurde vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Auflösung unterlassen. Zum 31. Dezember 2011 beläuft sich der Überdeckungsbetrag auf TEUR 7.765.

In mehreren Beschlüssen jeweils vom 14. August 2008 hat der BGH u. a. zur Frage der sogenannten Mehrerlöse Stellung genommen. Mehrerlöse sind die Beträge, die der Netzbetreiber in der Zeit zwischen dem erstmaligen Genehmigungsantrag (1. November 2005 für Netzentgelte Strom; 1. Februar 2006 für Netzentgelte Gas) und der Genehmigungserteilung vereinnahmt hat. Die Genehmigungserteilung für die Netzentgelte Strom erfolgte mit Bescheid der BNetzA vom 8. März 2007 mit Wirkung zum 1. März 2007. Die Genehmigungserteilung für Gas erfolgte mit Bescheid der BNetzA vom 24. März 2007 mit Wirkung zum 1. April 2007. Nach den Beschlüssen des BGH hat der Netzbetreiber diese Mehrerlöse rechtsgrundlos erhalten und darf sie nicht behalten. Für die Pflicht zur Herausgabe ist eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bilden. Mit Schreiben vom 27. November 2009 hat die BNetzA der Netzgesellschaft Halle die Entscheidung zur Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen im sogenannten vereinfachten Pauschalverfahren übersandt. Demgemäß ist die Netzgesellschaft verpflichtet, ihre Erlösobergrenzen im Stromnetz für die Jahre 2010 bis 2013 um jeweils Mio. EUR 2,5 zu reduzieren. Die Verzinsung der vereinnahmten Mehrerlöse erfolgt dabei unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 4,2 %.

Gemäß § 5 ARegV werden Rückstellungen für Regulierungskonto/Periodenübergreifende Saldierung ausgewiesen. Auf dem Regulierungskonto nach § 5 ARegV werden im Verlauf einer Anreizregulierungsperiode folgende Sachverhalte erfasst:

- Differenzen zwischen den zulässigen Erlösen (sog. genehmigte Erlösobergrenze) und der vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielbaren Erlöse
- Differenzen zwischen den für das Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten für vorgelegte Netze und den in der genehmigten Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen

- Differenzen zwischen den für das Kalenderjahr entstehenden Kosten des Messstellenbetriebs und den in der genehmigten Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen
- Verzinsung der vorgenannten Differenzen.

Auf dem Regulierungskonto gebuchte negative Beträge (z. B. weil der Netzbetreiber mehr Erlöse erzielt hat, als er hätte erzielen dürfen) stellen Verpflichtungen für künftige Entgeltabsenkungen dar und wurden entsprechend in den sonstigen Rückstellungen erfasst.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen bilanziert.

**Derivative Finanzinstrumente** werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

## Gewinn- und Verlustrechnung

Von den Umsatzerlösen ist die unmittelbar geschuldete Strom- und Erdgassteuer für das Jahr 2011 analog dem Vorjahr offen abgesetzt.

## B. Erläuterungen zur Bilanz

### 1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten und ihre Entwicklung im Jahr 2011 einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Besonderheiten der Ver- und Entsorgungswirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde durch eine weitere Untergliederung der technischen Anlagen und Maschinen Rechnung getragen.

Die ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2011 TEUR	Abschreibung 2011 TEUR	Buchwert 31.12.2011 EUR
AWH	3.839	1.280	2.559
WER	1	1	0
	<u>3.840</u>	<u>1.281</u>	<u>2.559</u>

Die Zugänge zu Anteilen an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen betreffen die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale).

Die Zugänge zu den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen positiven Jahresergebnisse der assoziierten Unternehmen.

Die im Geschäftsjahr vereinnahmten Gewinnausschüttungen sowie die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen negativen Jahresergebnisse sind im Anlagenspiegel in der Spalte Abgänge zusammengefasst.

Nach einer Entscheidung des BVerwG kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sämtliche Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH den klagenden Gemeinden zuordnen wird. Sollten hierzu rechtskräftige Entscheidungen vorliegen, hat die sogenannte „große GbR“, an der die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH zu 50 % beteiligt ist, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH an die Kommunen herauszugeben. Es wurden Vorkehrungen gegen wirtschaftliche Nachteile getroffen.

## 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen ist im folgenden Forderungsspiegel dargestellt:

	Restlaufzeiten		Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	über 1 Jahr TEUR	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	62.907 (51.140)	357 (16)	63.264 (51.156)
Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen (Vorjahr)	1.541 (0)	0 (0)	1.541 (0)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	311 (14.042)	0 (0)	311 (14.042)
Sonstige Vermögensgegenstände (Vorjahr)	16.010 (22.633)	1.773 (1.269)	17.783 (23.902)
Gesamt (Vorjahr)	80.769 (87.815)	2.130 (1.285)	82.899 (89.100)

Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen TEUR 1.504 (Vj.: TEUR 465) und von den sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 465 (Vj.: TEUR 316) gegen die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale).

Die **Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen** betreffen mit TEUR 18 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und mit TEUR 1.523 Sonstige Vermögensgegenstände.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände**, die rechtlich am Bilanzstichtag noch nicht entstanden sind, betreffen im Wesentlichen im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuern sowie Zinsabgrenzungen.

### 3. Wertpapiere

Mit Datum vom 28. August 2007 wurde zwischen dem Landesverwaltungsamt (LVWA) und dem Konzernunternehmen AWH eine Verpfändungsvereinbarung geschlossen. Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sind daher i. H. v. TEUR 63.119 nur nach Maßgabe der mit dem LVWA getroffenen Verpfändungsvereinbarung verfügbar (Sicherheitenstellung zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau).

Nachfolgend werden alle Anteile an Investmentgesellschaften im Sinne des § 1 des Investmentgesetzes oder vergleichbare ausländische Investmentanteile im Sinn des § 2 Abs. 9 des Investmentgesetzes dargestellt, soweit der Anteil mehr als 10 % ausmacht.

	Buchwert in TEUR	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz in TEUR	Differenz Marktwert zu Buchwert in TEUR	Ausschüttung im Geschäfts- jahr in TEUR		Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
<b>Spezial-Sondervermögen</b>							
AWICO-Fonds	25.203	25.745	542	618 <sup>1)</sup>		ja	0
Südinvest-Fonds	37.916	38.749	833	924 <sup>1)</sup>		ja	0

<sup>1)</sup> Die Ausschüttungen betreffen ausschließlich Vorträge ordentlicher Erträge aus dem Vorjahr.

Die Spezialfonds wurden für die AWH aufgelegt. Im Fondsvermögen zum 31. Dezember 2011 sind Rentenpapiere und Bargeldreserven ausgewiesen. Die Geschäftsführung verfolgt seit Auflage der Fonds das Ziel der Risikominimierung vor Wertsteigerung. Aus dem Vergleich der Buchwerte mit den um die Ausschüttungsansprüche bereinigten Kurswerten am 31. Dezember 2011 resultierte für den AWICO-Fonds eine Zuschreibung von TEUR 286 und für den Südinvest-Fonds eine Abschreibung von TEUR 532.

#### **4. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten**

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind Festgelder (TEUR 186) ausgewiesen, die der Absicherung einer Avalkreditlinie dienen.

#### **5. Rechnungsabgrenzungsposten**

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind gemäß § 250 Abs. 3 HGB Disagien in Höhe von TEUR 445 enthalten (Vj.: TEUR 541).

Zur Zinssicherung laufender sowie einer vorgesehenen variablen Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien wurden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über den Zinssicherungszeitraum linear abgeschrieben.

#### **6. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung**

Im aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung TEUR 303 (Vj.: TEUR 192) wird der Überhang der HAVAG aus dem Deckungsvermögen der Sicherung des Erfüllungsrückstandes aus Altersteilzeitverpflichtung ausgewiesen.

#### **7. Eigenkapital**

Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist dem Konzernabschluss als gesonderte Anlage beigefügt.

Der **passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** beträgt TEUR 10.883 und betrifft die Gesellschaften Stadtwerke Halle GmbH (alt) (TEUR 10.720) und Maya mare GmbH & Co. KG (TEUR 163).

Da die Stadt Halle (Saale) der SWH die gesamten Geschäftsanteile an der SWH (alt) und die gesamten Aktien der HAVAG zum 19. Dezember 1996 zum Nennwert übertragen hat, ergab sich ein passivischer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung (TEUR 171.505), der Eigenkapitalcharakter aufweist. Er wird gemäß § 309 Abs. 2 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer des Sachanlagevermögens von 16 Jahren, beginnend ab 1997, abgeschrieben. Für das Geschäftsjahr 2011 wurden TEUR 10.719 ertragswirksam in die sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

Der aus der Kapitalkonsolidierung der Maya mare GmbH & Co. KG resultierende Unterschiedsbetrag weist Eigenkapitalcharakter auf. Dieser wird, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2001, nach § 309 Abs. 2 Nr. 2 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer des Anlagevermögens (elf Jahre) abgeschrieben (TEUR 93 in 2011). Der Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Der passive Unterschiedsbetrag der RAB in Höhe von TEUR 131 hat seine Entstehungsursache in erwarteten zukünftigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der geschäftlichen Neuausrichtung, die im Geschäftsjahr 2011 angefallen sind und zu deren Kompensation eine ertragswirksame Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags vorgenommen wurde.

Der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** hat sich wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
<b>A. Bruttobetrag</b>	
Unterschiedsbetrag 31. Dezember 2010/	<u>223.434.654,46</u>
31. Dezember 2011	<u>223.434.654,46</u>
<b>B. Ergebniswirksame Verrechnung</b>	
1. Januar 2011	-201.607.467,41
Zugang	<u>-10.943.844,08</u>
31. Dezember 2011	<u>-212.551.311,49</u>
<b>C. Bilanzausweis 31. Dezember 2011</b>	<u>10.883.342,97</u>
Bilanzausweis 31. Dezember 2010	<u>21.827.187,05</u>

#### Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital

<u>Gesellschaft</u>	<u>Fremdanteil</u>	<u>Eigenkapital</u>
	%	EUR
WER	40,0	262.581,52
RPL	24,9	23.437,86
SGS	49,0	62.703,52
Maya mare	5,1	<u>-1.390.769,62</u>
		<u>-1.039.446,33</u>

## Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn

Gesellschaft	Anteile Anderer EUR
RPL	-4.957,83
Maya mare	-8.106,35
SGS	7.636,21
WER	5.852,55
	3.024,98

## 8. Rückstellungen

Die Fristigkeit der Rückstellungen ist dem folgenden Rückstellungsspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit			Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR	
	Rückstellungen für Pensionen	103	1.814	
Steuerrückstellungen	2.272	0	0	2.272
Sonstige Rückstellungen	48.335	71.431	52.177	171.943
	50.710	73.245	53.005	176.960

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach Verrechnung mit dem Deckungsvermögen ausgewiesen. Unverrechnet beträgt die Rückstellung TEUR 2.835 und der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung TEUR 89.

In den **Sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen enthalten:

	2011 TEUR
Restrukturierungsaufwendungen, Sozialplan, Abfindungen	13.823
Altersteilzeit	17.169
Urlaub, Mehrarbeit, Zeitkonten	3.575
Jubiläum	972
Sonstige	536
<b>Personalmrückstellungen</b>	<b>36.076</b>
Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge Deponie	62.200
Stilllegung, Rückbau und Sanierung von Versorgungs- und Transportnetzen und-anlagen	12.689
Grunddienstbarkeiten	7.641
Ausstehende Eingangsrechnungen	6.776
Stromsteuer	6.137
Drohende Verluste	4.503
Unterlassene Instandhaltung	2.110
Konzessionsabgabe Wasser	1.323
Übrige sonstige Rückstellungen	32.488
<b>Sonstige übrige Rückstellungen</b>	<b>135.867</b>
<b>Summe sonstige Rückstellungen</b>	<b>171.943</b>

Für die **Verpflichtung aus Altersversorgung und Arbeitszeitguthaben** wurden TEUR 16.987 passiviert. Zur Sicherung dieser Verpflichtungen sind Wertpapiere des Umlaufvermögens und Termingeldanlagen verpfändet und somit dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen. Damit wurde der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen (TEUR 23.408) mit den korrespondierenden Zeitwert der Vermögensgegenstände (TEUR 6.977) verrechnet. Die Anschaffungskosten betragen TEUR 4.572. Die Verpflichtung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Dabei wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 2,0 bzw. 2,5 % p. a. berücksichtigt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit zwischen 2 und 15 Jahren ergibt. Er beträgt je nach Laufzeit 3,94 % bis 5,14 %. Es wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die versicherungsmathematische Berechnung der **Jubiläumsrückstellung** erfolgt unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Dabei wurden ein Rechnungszins von 5,14 % sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von bis zu 2,50 % zugrunde gelegt. Die angenommene Fluktuationsquote beträgt bis zu 1,00 % p. a. Zudem wurden die Sterbetafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Bei der HAVAG wurden die Zinssätze gemäß den durchschnittlichen Restdienstzeiten, 4,24 % (Duration vier Jahre), 4,69 % (Duration acht Jahre) und 5,20 % (Duration 19 Jahre) berücksichtigt.

Aufgrund der geänderten Bewertungsregeln für langfristige Rückstellungen wären folgende Rückstellungen bei erstmaliger Anwendung des BilMoG am 1. Januar 2010 abzuzinsen gewesen. Da absehbar ist, dass die aufzulösenden Beträge bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde für diese Rückstellungen vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht, indem die Auflösung unterlassen worden ist.

- Rückstellungen der SWH für drohende Verluste, Verpflichtungen für Vorruhestandsregelungen und Rückstellungen für die Aufbewahrung. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2011 TEUR 184.
- Rückstellungen der HWS für Sozialplan, Archivierung und Grunddienstbarkeiten. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 1. Januar 2010 TEUR 598, zum 31. Dezember 2011 TEUR 326 (Vj.: TEUR 433).
- Rückstellungen der EVH für Abbruch- und Rekultivierungsaufwendungen, Verpflichtung gemäß Grundbuchbereinigungsgesetz, Rückbauverpflichtung Strom-, Gas- und Fernwärmenetz sowie Verpflichtungen für Vorruhestandsregelungen. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2011 TEUR 3.434 (Vj.: TEUR 4.549).
- Rückstellungen der AWH zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge beläuft sich zum 31. Dezember 2011 auf TEUR 7.765 (Vj.: TEUR 8.280).

## 9. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ist dem folgenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit				durch Pfand- rechte oder ähnliche Rechte gesichert TEUR
	bis 1 Jahr	1 bis 5	über 5 Jahr	Gesamt	
	TEUR	Jahre TEUR	TEUR	TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.153	124.047	261.973	418.173	15.019 <sup>1</sup>
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(29.418)</i>	<i>(120.960)</i>	<i>(262.209)</i>	<i>(412.587)</i>	<i>(4.167)</i> <sup>2</sup>
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.573	41	0	2.614	
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(1.618)</i>	<i>(40)</i>	<i>(0)</i>	<i>(1.658)</i>	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.210	249	0	50.459	
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(47.375)</i>	<i>(98)</i>	<i>(51)</i>	<i>(47.524)</i>	
Verbindlichkeiten gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen	833	0	0	833	
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	
Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.158	0	0	1.158	
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(22.903)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(22.903)</i>	
Sonstige Verbindlichkeiten	21.572	698	3	22.273	
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(25.411)</i>	<i>(592)</i>	<i>(3)</i>	<i>(26.006)</i>	
<b>Gesamt</b>	<b>108.499</b>	<b>125.035</b>	<b>261.976</b>	<b>495.510</b>	
<i>(Vorjahr)</i>	<i>(126.725)</i>	<i>(121.690)</i>	<i>(262.263)</i>	<i>(510.678)</i>	

<sup>1</sup> davon besichert TEUR 3.768 durch Buchgrundschild, TEUR 7.273 durch Sicherungsabtretung technischer Anlagen und Maschinen, TEUR 3.978 durch Abtretung der Ansprüche aus Bäderfinanzierungsvertrag vom 29. April 2010 zwischen BHG und Stadt Halle (Saale)

<sup>2</sup> davon besichert TEUR 3.390 durch Buchgrundschild und TEUR 777 durch Sicherungsabtretung

Unter den **Verbindlichkeiten** aus Lieferungen und Leistungen werden TEUR 491 (Vj.: TEUR 3.076) und unter den sonstigen Verbindlichkeiten TEUR 5.658 (Vj.: TEUR 1.489) gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen** entfallen TEUR 512 (Vj.: TEUR 0) auf Lieferungen und Leistungen und TEUR 321 (Vj.: TEUR 0) auf sonstige Verbindlichkeiten.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, entfallen TEUR 694 (Vj.: TEUR 835) auf Lieferungen und Leistungen und TEUR 464 (Vj.: TEUR 6.603) auf sonstige Verbindlichkeiten.

### C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen **Umsatzerlöse** gliedern sich wie nachfolgend dargestellt:

	2011 TEUR	2010 TEUR
Strom	193.463	170.506
Gas	101.439	108.885
Wasser / Abwasser	72.390	72.786
Wärme	54.760	54.743
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	37.973	36.059
Entsorgung	22.087	18.890
Netznutzung	21.884	16.980
Freizeit	5.204	4.549
Hafen	1.264	1.279
Sonstige Erlöse	63.574	69.883
	<u>574.038</u>	<u>554.560</u>

Im Konzernabschluss wurden **außerplanmäßige Abschreibungen** von insgesamt TEUR 11 (Vj.: TEUR 8.602) auf das Sachanlagevermögen vorgenommen.

Der Posten „**Erträge aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungserträge des assoziierten Unternehmens A/V/E (TEUR 138, Vj.: TEUR 147). „**Verluste aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungsverluste aus den assoziierten Unternehmen, der KWT (TEUR 641; Vj. TEUR 2.056 Ertrag), Meter1 GmbH & Co. KG (TEUR 179; Vj.: TEUR 0), OBS (TEUR 33; Vj.: TEUR 145), FSA (TEUR 19; Vj.: TEUR 53) und der Saalebus (TEUR 7; Vj.: TEUR 24 Ertrag).

Der Posten „**Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens**“ betrifft in Höhe von TEUR 702 (Vj.: TEUR 394) Abschreibungen gem. § 253 Abs. 4 HGB.

Im Jahresergebnis des Konzerns sind TEUR 862 (Vj.: TEUR 1.129) periodenfremden Umsatzerlösen und **periodenfremde Erträge** in Höhe von TEUR 1.232 (Vj.: TEUR 8.361) enthalten. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden **periodenfremde Aufwendungen** in Höhe von TEUR 385 (Vj.: TEUR 648), unter dem Materialaufwand von TEUR 391 (Vj.: TEUR 3.038) ausgewiesen.

Die **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** betreffen mit TEUR 13 (Vj.: TEUR 1.699) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 1 Erträge aus der Verrechnung Deckungsvermögen Pensionen. Verrechnet wurden TEUR 12 aus der Aufzinsung von Altersversorgungsverpflichtungen und TEUR 11 aus der Zeitwertbewertung der Rückdeckungsversicherung.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit TEUR 1.394 (Vj.: TEUR 1.106) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 428 (Vj.: TEUR 102) Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung langfristiger Altersversorgungsverpflichtungen, welche mit Erträge aus der Zeitwertbewertung von Planvermögen und Zinserträgen des Planvermögens in Höhe von TEUR 42 verrechnet wurden.

In den **Außerordentlichen Aufwendungen** (TEUR 5.611; Vj.: TEUR 16.036) werden im Wesentlichen Aufwendungen für Sozialpläne bzw. Aufwendungen aus der Zuführung zu Personalarückstellungen ausgewiesen.

Die **Außerordentlichen Erträge** (TEUR 518; Vj.: TEUR 796) beinhalten Erträge aus der Auflösung von Sozialplanrückstellungen (TEUR 250), aus der Korrektur des Steueraufwands 2007 (TEUR 168) und aus Gutschriften von Unterstützungskassen.

## **V. Sonstige Angaben**

### **1. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind**

Für die Trianel European Energy Trading GmbH (Trianel) wurden Bürgschaften in Höhe von insgesamt TEUR 4.692 durch die EVH übernommen. Die Übernahme der Bürgschaften erfolgte aufgrund der Gesellschafterstellung der Stadtwerke Halle GmbH bei der Trianel und der zwischen der EVH und der Trianel bestehenden Verträge. Das Risiko der Inanspruchnahme besteht bei Zahlungsunfähigkeit der Trianel. Hiervon geht die Geschäftsführung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse der Trianel nicht aus.

Aus dem im Jahr 2002 geschlossenen Vertrag über die Deutsche Straßenbahnen-Leasingfinanzierung mit US-amerikanischen Vertragspartnern ergeben sich aus Haupt- und Unterleasingvereinbarungen zu überwachende Handlungsfristen und Termine. Aus diesem von der HAVAG abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft bestehen ferner Haftungsverhältnisse, da Kreditinstitute mit hohem Rating gegen Bareinzahlungen den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung der HAVAG aus dem Leasinggeschäft übernommen haben und die HAVAG für die Erfüllung dieser Verpflichtung haftet. Die Haftung greift jedoch nur, wenn die betreffenden Kreditinstitute ausfallen und kein adäquater Ersatz mit ausreichender Bonität gestellt werden kann.

Weitere Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Das Bestellobligo für Sachanlagen und andere Investitionen aus im Jahr 2011 bereits erteilten Aufträgen sowie für den übrigen Liefer- und Leistungsbereich beträgt TEUR 46.334. Des Weiteren wurden Verträge über den langfristigen Bezug von Strom, Gas und Wärme (TEUR 286.777) geschlossen.

Die Verbindlichkeiten aus diversen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betragen insgesamt TEUR 56.066, wovon TEUR 12.376 kurzfristig, TEUR 38.919 mittelfristig und TEUR 4.770 langfristig fällig sind. Darin enthalten sind insbesondere folgende finanzielle Verpflichtungen:

Aus einem zwischen dem Leasinggeber, der SWH und der EVH abgeschlossenen Leasingvertrag für das Verwaltungsgebäude Halle, Bornknechtstraße, ergeben sich für die Restlaufzeit des Vertrages (6,5 Jahre) TEUR 17.661 finanzielle Verpflichtungen. Das Leasinggeschäft dient der langfristigen Verbesserung der Liquiditätssituation und der Verbesserung der Eigenkapitalquote.

Weiter wurde am 16. Dezember 1996 ein Mietvertrag unter Beteiligung der EVH für das Objekt „Technischer Betriebshof“ geschlossen. Die Mietzeit beginnt am 1. Januar 1998 und endet am 31. Dezember 2017. Der jährliche Mietzins beträgt TEUR 344. Dies trägt auch zur Verringerung des Kapitalrisikos bei und belässt das Investitionsrisiko beim Vermieter.

Aus dem mit der HAVAG und der Kommunalen Anlagen GmbH & Co. Straßenbahnbetriebshof Halle KG, Zwickau, geschlossenen Vertrag über die Betreuung des Betriebshofes Rosengarten durch die KG ergibt sich die Verpflichtung zur Zahlung eines jährlichen Entgeltes. Dieses Entgelt setzt sich aus einem Grundpreis sowie einem Betreiberentgelt zusammen. Bei der Kalkulation des Betreiberentgeltes fanden eine Instandhaltungspauschale sowie das an die Gesellschaft zu zahlende Betriebsführungsentgelt, u. a. Betriebskosten, Berücksichtigung. Der Grundpreis beträgt für 2003 bis 2015 EUR 2,8 Mio. bis EUR 3,2 Mio. p. a. Zur Deckung der Instandhaltungskosten ist vereinbart, jährlich für das Folgejahr bis 2015 eine Anpassung der Pauschale anhand der tatsächlich angefallenen Kosten zuzüglich einer Steigerung von 2,5 % vorzunehmen. Das Betriebsführungsentgelt beträgt jährlich EUR 2,7 Mio. und erhöhte sich bis zum Jahr 2011 um jährlich 2,5 % auf EUR 3,9 Mio. Für die Jahre 2012 bis 2015 wird die gleichbleibende Steigerung des zu zahlenden Entgeltes um jährlich 2,5 % beibehalten. Aus der Nutzung des Betriebshofes Rosengarten entstehen der HAVAG in Summe gegenwärtig jährlich Aufwendungen von EUR 7,3 Mio.; denen stehen Erträge aus Betriebsführungsentgelten von EUR 3,9 Mio. gegenüber.

Aus einem Vertrag der HAVAG über die Pacht einer Tiefgarage ergeben sich jährliche Zahlungen von TEUR 914. Der Vertrag läuft bis 2015.

Aus Leasingverträgen der HAVAG für 20 Omnibusse, Laufzeit bis 2013, ergeben sich jährliche Zahlungen von TEUR 672, für 2 Omnibusse, Laufzeit bis 2021, TEUR 63 und aus Leasingverträgen für 22 PKW bzw. Nutzfahrzeugen, Laufzeit bis 2014/2015, TEUR 140.

#### Weitere finanzielle Verpflichtungen:

Für die Nutzung der Kläranlage Halle-Nord (Nutzungsüberlassungsvertrag) hat die HWS bis zum Jahr 2014 einen Grundpreis von insgesamt Mio. EUR 14,8 in vierteljährlichen Raten zu entrichten. Weiterhin ist ein Abwasserbehandlungsentgelt zu zahlen, dessen Höhe von den Aufwendungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG abhängig ist. Die Höhe dieses Entgeltes betrug in 2011 TEUR 4.431. Durch den Nutzungsüberlassungsvertrag sichert sich die HWS das alleinige Recht zur Nutzung der Kläranlage Halle-Nord, ohne eigene Investitionen und Finanzierung. Risiken werden durch die fest vereinbarten Zahlungen minimiert.

Gemäß der mit Datum vom 15. Juni 2005 vertraglich vereinbarten Änderung der Betriebsüberlassungsvereinbarung mit dem Wasserzweckverband „Saalkreis“ vom 2. Dezember 1994 vergütet die HWS dem WZV die Nutzung der im Eigentum des WZV stehenden Versorgungsanlagen mittels eines Nutzungsentgeltes. Dieses Entgelt berechnet sich in 2011 nach den dem WZV entstehenden Aufwendungen für Abschreibungen, Zinsen für Kredite sowie eines Aufschlages für Verwaltung. In 2011 entstanden der HWS hieraus Aufwendungen in Höhe von TEUR 2.331. Durch den Betriebsüberlassungsvertrag sichert sich die HWS das alleinige Recht zur Nutzung der Wasserversorgungsanlagen im Verbandsgebiet ohne eigene Investitionen und Finanzierung. Es besteht ein allgemeines unternehmerisches Risiko in Bezug auf die wirtschaftliche Erbringung der Wasserversorgung im Gebiet des WZV.

Mit Datum vom 23. März 2007 wurde zwischen der HWS und der Stadt Halle (Saale) rückwirkend zum 1. Januar 2002 ein Konzessionsvertrag über die öffentliche Versorgung der Stadt Halle mit Wasser abgeschlossen. Die Stadt bedient sich zur Erfüllung der Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung der HWS als Dritten im Sinne des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt. Die HWS hat der Stadt unter dem Eintritt vertraglich geregelter Voraussetzungen eine Konzessionsabgabe zu zahlen. Bei Vorliegen der genannten Voraussetzungen werden die Vertragspartner in Verhandlung über die Höhe der Konzessionsabgabenzahlung treten. Risiken und Chancen ergeben sich im Rahmen des allgemeinen unternehmerischen Risikos im Bereich der Wasserversorgung.

Mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wurde ein neuer Wasserlieferungsvertrag zum 1. Januar 2008 abgeschlossen. Dieser hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017. Darin wurden ein fixer Leistungspreis und ein mengenabhängiger Arbeitspreis vereinbart. Das Volumen dieses Vertrages für die Restlaufzeit beträgt insgesamt rd. Mio. EUR 46.

Aus einer im Geschäftsjahr 2004 geschlossenen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 1.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber einem Dritten, der ebenfalls Anteile erwarb.

Aus einem im Geschäftsjahr 2009 geschlossenen Anteilskauf- und Abtretungsvertrag einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 10.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber dem Verkäufer, der Stadt Halle (Saale).

Aus Sponsoringverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von TEUR 356 (Vj.: TEUR 315).

Darüber hinaus bestehen Verpflichtungen zur Leistung ausstehender Einlagen auf Kommanditanteile, die noch nicht eingefordert sind, in Höhe von TEUR 550.

Mitarbeitern der HWS und der HAVAG, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllen, ist eine Zusatzversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zugesagt. Sie beruht auf der Mitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt - Zusatzversorgungskasse.

Die Zusatzversorgung umfasst:

- Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit
- Altersrenten
- Hinterbliebenenrenten sowie
- Sterbegeld.

Die Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Ab dem 1. Januar 2010 gelten ein Umlagesatz von 1,725 % und ein Zusatzbeitrag von 4,0 %. Der Zusatzbeitrag (2,0 % vom Arbeitnehmer zu tragen) dient dem Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge. Der von der HWS und der HAVAG zu tragende Anteil belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf TEUR 1.710.

Aufgrund von Pensionszusagen der EVH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2011 betrug das Beitragsvolumen insgesamt TEUR 1.192; für das Geschäftsjahr 2012 wird mit einem Beitragsvolumen von TEUR 1.160 gerechnet. In den Folgejahren ist mit vergleichbaren finanziellen Belastungen zu rechnen.

Aufgrund von mittelbaren Pensionszusagen der SWH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Für mittelbare Pensionszusagen im Rahmen einer Unterstützungskasse beträgt der Fehlbetrag gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB TEUR 654 am 31. Dezember 2011.

## 2. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar die SWH und ihre vollkonsolidierten Tochterunternehmen betreffend schlüsselt sich auf in Abschlussprüfungsleistungen (TEUR 312), andere Prüfungsleistungen (TEUR 4), Steuerberatungsleistungen (TEUR 3) und sonstige Leistungen (TEUR 34).

## 3. Mitarbeiter

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2011 beschäftigte der SWH Konzern 2.720 Arbeitnehmer und Auszubildende.

Struktur der Arbeitnehmer nach Gruppen:

	Personen 2011	Personen 2009
Gewerbliche Arbeitnehmer	1.356	1.379
Angestellte	1.031	1.056
	2.435	2.435
Passive Altersteilzeit	67	82
Ruhende Arbeitsverhältnisse	31	26
Auszubildende	187	186
	<u>2.720</u>	<u>2.729</u>

#### 4. Derivative Finanzinstrumente

Das Gesamtsicherungsvolumen der Caps, SWH betreffend, beläuft sich zum Bilanzstichtag auf EUR 9,5 Mio. Die Summe der hier ausgewiesenen Buchwerte beträgt zum 31. Dezember 2011 TEUR 91. Gemäß Stichtagsbewertung (Ableitung aus dem Marktwert eines gleichwertigen Finanzinstrumentes) beläuft sich die Summe der Marktwerte der Caps zum 31. Dezember 2011 auf TEUR 5.

Die SWH hat im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für ein variabel verzinsliches Darlehen einen Zinsswap mit einem Nominalwert von Mio. EUR 11 am Bilanzstichtag und einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2016 erworben. Das Sicherungsvolumen am 31. Dezember 2011 beträgt Mio. EUR 11,2. Zum Bilanzstichtag hat der Swap einen negativen Marktwert von TEUR 1.163. Aufgrund der Bildung einer Bewertungseinheit mit dem zu sichernden Darlehen (Micro-Hedge) ist die Bildung einer Drohverlustrückstellung unterblieben. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-term-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter (Bewertung aktueller Zinskupons mit den Marktpreisen sowie Stückzinsen sowie Abzinsung vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit bis zum Bewertungstag auf Barwerte).

Zur Sicherung eines Festpreises für den Gasbezug der EVH wurden Commodity Swaps für den Zeitraum bis einschließlich 2013 abgeschlossen. Der Zeitwert dieser Swaps saldiert sich zum 31. Dezember 2011 in einen positiven Zeitwert in Höhe von TEUR 293 (Mark to Market-Bewertung). Darüber hinaus werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 463 bzw. im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 30 im Geschäftsjahr realisierte Ergebnisse solcher Sicherungsgeschäfte ausgewiesen, deren abgesicherte Gasbezüge das Folgejahr betreffen und erst im Folgejahr zu entsprechenden Aufwendungen bzw. Erträgen aus dem Gasbezug führen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde bei der EVH über die Lieferung von Treibhausgasemissionsberechtigungen ein Swap abgeschlossen. Danach werden zum Liefertermin 2012 250.000 EU-Emissionsberechtigungen (EUA) gegen 250.000 EU-Emissionsgutschriften (CER oder ERU) zu einer fest vereinbarten Preisdifferenz (Spread) von EUR 5,10 pro Berechtigung (Zufluss bei der Gesellschaft) getauscht. Auf Grundlage der zum Bilanzstichtag geltenden Preise für Terminkontrakte (Dezember 2012) betrug der Spread EUR 0,82 pro Berechtigung. Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2010 Termingeschäfte zur Veräußerung von 291.234 Emissionsberechtigungen (EUA) mit Liefertermin 3. bzw. 20. Dezember 2012 zu einem Preis von durchschnittlich EUR 16,50 je EUA abgeschlossen. Der zum Bilanzstichtag gültige Preis für Terminkontrakte (Dezember 2012) betrug pro EUA EUR 6,98. Zum Zeitpunkt der Erfüllung dieser Termingeschäfte hat die Gesellschaft entsprechende Bestände vorzuhalten. Um diesbezügliche Preisrisiken zu minimieren, wurden entsprechende Gegengeschäfte mit der KWT getätigt. Aus den genannten Geschäften drohen keine Risiken für die Gesellschaft.

Des Weiteren hat die EVH im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für ein variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag in Höhe von TEUR 14.026 (Stand zum 31. Dezember 2011: TEUR 7.714) einen Zinsswap (Laufzeit bis 31. März 2017) erworben. Zum Bilanzstichtag hat der Swap einen Marktwert in Höhe von TEUR 573. Ein weiterer Zinsswap (Laufzeit 30. März 2012 bis 30. Juni 2021) wurde zur Absicherung gegen Zinsschwankungsrisiken für ein variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 3.000 im Geschäftsjahr 2011 erworben. Zum Bilanzstichtag hat der Swap einen Marktwert von TEUR 218. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäften (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäften (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Am 1. Oktober 2010 wurde ein Zinssatzswap mit einer Laufzeit vom 30. September 2010 bis 30. März 2023 vertraglich vereinbart. Die Zinszahlungen erfolgen vierteljährlich zum Quartalsende, die Maya mare erhält von der Commerzbank den 3-Monats-EURIBOR und zahlt an die Commerzbank einen festen Zinssatz in Höhe von 3,78 % p. a. Der Zinssatzswap hat entsprechend der Angabe der Commerzbank zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert in Höhe von TEUR 139. Es wird aufgrund des Vorliegens einer Bewertungseinheit keine Drohverlustrückstellung gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung (Mio. EUR 1,3)) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Mit Abschluss eines Forward-Swaps im September 2011 sichert sich die HAVAG eine zinsgünstige Anschlussfinanzierung für ein fest verzinsliches Darlehen ab November 2012 (Restbetrag TEUR 5.285 zum Zeitpunkt des Auslaufens der Zinsbindung am 15. November 2012).

## **5. Geschäftsführung**

**Geschäftsführer** der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 waren Herr Matthias Lux (Vorsitzender), Herr François Girard, Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause und Herr René Walther.

Die Vergütung für die Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2011 TEUR 675 (Vorjahr: TEUR 886).

## 6. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2011 an:

- Vorsitzende: Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)
- Stellv. Vorsitzender: Lothar Philipp  
Bezirksgeschäftsführer der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd
- Stephanie Berend  
Kaufmännische Mitarbeiterin der Hallesche Wasser und  
Stadtwirtschaft GmbH  
(seit 4. Oktober 2011)
- Udo Böcker  
Betriebsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
- Bernhard Bönisch  
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
- Steffen Gärtner  
Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH
- Torsten Junghans  
Betriebsratsvorsitzender der Hallesche Wasser und  
Stadtwirtschaft GmbH  
(bis 12. April 2011)
- Gerry Kley  
Geschäftsführer der BIANCON Gesellschaft für Biotopanalyse  
und Consulting GmbH
- Burkhard Kocian  
Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH, Halle
- Erhard Koppitz  
Bezirksleiter des Bezirkes Halle-Magdeburg der IG BCE
- Johannes Krause  
DGB-Regionsvorsitzender Sachsen-Anhalt/Süd

Hendrik Lange  
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt

Eckard Mahlert  
Bereichsleiter Finanzen und Rechnungswesen der Hallesche  
Verkehrs-Aktiengesellschaft

Raik Müller  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg

Elisabeth Nagel  
Angestellte der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion  
Sachsen-Anhalt-Thüringen

Ulrich Richter  
Betriebsratsvorsitzender der Hallesche  
Verkehrs-Aktiengesellschaft

Dietmar Wehrich  
Angestellter im Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft Vergütungen in Höhe von TEUR 28.

Halle (Saale), den 21. Mai 2012

Die Geschäftsführung

Matthias Lux  
(Vorsitzender)

François Girard

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther

## Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2011

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	01.01.2011	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2011	01.01.2011	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs</b>	85.101,59	0,00	0,00	0,00	85.101,59	32.487,59	21.276,00	0,00	0,00	53.763,59	31.338,00	52.614,00
<b>B. Anlagevermögen</b>												
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	29.484.529,91	1.685.132,12	714.017,81	285.331,83	31.598.348,01	26.539.889,08	1.548.549,32	0,00	244.251,83	27.844.186,57	3.754.161,44	2.944.640,83
2. Geschäfts- und Firmenwert	13.772.588,70	0,00	0,00	0,00	13.772.588,70	9.932.822,44	1.280.990,32	0,00	0,00	11.213.812,76	2.558.775,94	3.839.766,26
3. Geleistete Anzahlungen	332.125,86	151.732,07	-120.399,76	0,00	363.458,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	363.458,17	332.125,86
	<b>43.589.244,47</b>	<b>1.836.864,19</b>	<b>593.618,05</b>	<b>285.331,83</b>	<b>45.734.394,88</b>	<b>36.472.711,52</b>	<b>2.829.539,64</b>	<b>0,00</b>	<b>244.251,83</b>	<b>39.057.999,33</b>	<b>6.676.395,55</b>	<b>7.116.532,95</b>
<b>II. Sachanlagen</b>												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	298.629.669,03	3.426.757,93	515.918,35	395.168,54	302.177.176,77	169.295.668,12	6.710.420,54	0,00	359.068,91	175.647.019,75	126.530.157,02	129.334.000,91
2. Technische Anlagen und Maschinen												
2.1 Erzeugungsanlagen	196.143.428,77	3.627.644,86	285.518,65	452.660,67	199.603.929,61	115.148.853,77	7.857.376,90	0,00	225.113,06	122.781.117,61	76.822.812,00	80.994.573,00
2.2 Verteilungsanlagen	888.541.175,06	22.138.115,51	3.275.386,50	7.137.235,41	906.817.441,66	397.213.501,35	24.691.088,22	0,00	6.181.077,59	415.723.511,98	491.093.929,68	491.327.673,71
2.3 Gleisanlagen und Fahrzeuge ÖPNV	430.684.697,57	4.891.771,79	3.473.214,98	41.856.235,90	397.173.448,44	220.990.818,57	15.335.555,29	23.562,48	41.856.235,90	194.493.700,44	202.679.748,00	209.673.879,00
2.4 Andere technische Anlagen	113.917.428,05	3.081.979,46	1.524.799,61	643.034,16	117.881.173,96	84.565.530,22	3.105.956,36	0,00	608.934,49	87.061.552,09	30.819.621,87	29.351.898,83
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	97.741.531,14	5.004.288,42	1.413.049,68	4.981.741,58	99.177.107,86	79.349.321,51	6.002.588,51	-23.562,48	4.837.564,58	80.490.782,96	18.686.324,90	18.392.209,63
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	32.711.161,03	23.289.148,36	-11.081.506,02	269.880,85	44.648.922,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	44.648.922,52	32.711.161,03
	<b>2.058.349.089,65</b>	<b>65.459.686,33</b>	<b>-593.618,05</b>	<b>55.735.957,11</b>	<b>2.087.479.200,82</b>	<b>1.066.563.693,54</b>	<b>63.702.985,82</b>	<b>0,00</b>	<b>54.088.994,53</b>	<b>1.076.197.684,83</b>	<b>991.281.515,99</b>	<b>991.785.396,11</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>												
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	25.000,00	25.000,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	25.000,00
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	16.686.951,01	631.472,38	0,00	1.168.406,24	16.150.017,15	2.765.633,62	0,00	0,00	0,00	2.765.633,62	13.384.383,53	13.921.317,39
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	1.222.636,17	250.000,00	0,00	0,00	1.472.636,17	349.999,00	0,00	0,00	0,00	349.999,00	1.122.637,17	872.637,17
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	5.000.000,00	0,00	0,00	0,00	5.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.000.000,00	5.000.000,00
5. Sonstige Ausleihungen	2.556.459,41	0,00	0,00	0,00	2.556.459,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.556.459,41	2.556.459,41
	<b>25.481.046,59</b>	<b>906.472,38</b>	<b>0,00</b>	<b>1.168.406,24</b>	<b>25.229.112,73</b>	<b>3.115.632,62</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>3.115.632,62</b>	<b>22.113.480,11</b>	<b>22.375.413,97</b>
	<b>2.127.429.380,71</b>	<b>68.203.022,90</b>	<b>0,00</b>	<b>57.189.695,18</b>	<b>2.138.442.708,43</b>	<b>1.106.152.037,68</b>	<b>68.532.525,46</b>	<b>0,00</b>	<b>54.313.248,36</b>	<b>1.118.371.316,78</b>	<b>1.020.071.391,65</b>	<b>1.021.277.343,03</b>

Konzern-Kapitalflussrechnung

	2011 TEUR	Vorjahr TEUR
Jahresergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	20.801	22.764
Abschreibungen / Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen	66.553	77.411
Anteilige Jahresergebnisse assoziierter Unternehmen	742	-2.028
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge (-)	-31.430	-33.153
Zunahme / Abnahme (-) der Rückstellungen	-16.008	10.870
Gewinn (-) / Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	1.708	-19.629
Gewinnausschüttungen assoziierter Unternehmen	289	801
	<u>42.655</u>	<u>57.036</u>
Zunahme (-) / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	11.121	-24.989
Zunahme / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-9.632	39.355
Ein- und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	-877	-550
<b>Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<u>43.267</u>	<u>70.852</u>
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	0	1.302
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagen	-68.525	-55.071
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Anlagen	-1.837	-1.293
Einzahlungen aus Abgängen von assoziierten Unternehmen	0	8.655
Auszahlungen für Investitionen in assoziierte Unternehmen	-494	-3.608
Auszahlungen für Investitionen in (nicht einbezogene) verbundene Unternehmen	-25	-25
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen	0	12.500
Auszahlungen für Investitionen in Beteiligungen an übrigen Unternehmen	-250	0
<b>Cash-flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<u>-71.131</u>	<u>-37.540</u>
Auszahlungen an Unternehmenseigner	0	-73.000
Auszahlungen an Minderheitsgesellschafter	-16	-35.024
Veränderung der (Finanz-) Kredite	5.586	-3.255
Auszahlung zur Sicherung einer Avalkreditlinie	0	-186
Einzahlungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse und für Abnehmerbeiträge sowie vereinnahmte Betriebskostenzuschüsse	17.520	18.179
<b>Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<u>23.090</u>	<u>-93.286</u>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	-4.774	-59.974
Konsolidierungskreisbedingte Änderung des Finanzmittelfonds	0	1.708
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	86.460	144.726
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<u>81.686</u>	<u>86.460</u>
	<u>31.12.2011 TEUR</u>	<u>Vorjahr TEUR</u>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>		
Liquide Mittel	81.953	92.697
Wertpapiere des Umlaufvermögens	197	367
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-)	0	-1
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten (-) Cash-Pool gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-464	-6.603
	<u>81.686</u>	<u>86.460</u>

## Konzern-Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2011

	Mutterunternehmen				Minderheitsgesellschafter				
	Gezeichnetes Kapital EUR	Kapitalrücklage EUR	Erwirtschaftetes Konzern Eigenkapital EUR	Unterschieds- betrag aus der Kapital- konsolidierung EUR	Eigenkapital EUR	Minderheiten- kapital EUR	Kumuliertes Übriges Konzernergebnis EUR	Eigenkapital EUR	Konzern Eigen- kapital EUR
<b>Stand zum 31. Dezember 2009</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>26.380.590,33</b>	<b>268.873.162,73</b>	<b>32.930.673,42</b>	<b>358.184.426,48</b>	<b>20.130.505,78</b>	<b>7.960.538,21</b>	<b>28.091.043,99</b>	<b>386.275.470,47</b>
Umgliederung des Unterschiedsbetrags aus Kapitalkonsolidierung in einen gesonderten Posten	0,00	0,00	0,00	-32.930.673,42	-32.930.673,42	0,00	0,00	0,00	-32.930.673,42
Ausschüttung	0,00	0,00	-73.000.000,00	0,00	-73.000.000,00	0,00	0,00	0,00	-73.000.000,00
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-23.713,45	0,00	-23.713,45	-23.713,45
Zuführung zu Konzerngewinnrücklagen aus BilMoG-Umstellungseffekten	0,00	0,00	1.181.780,74	0,00	1.181.780,74	0,00	0,00	0,00	1.181.780,74
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	-42.437,95	0,00	-42.437,95	0,00	0,00	0,00	-42.437,95
Übrige Veränderungen (Änderungen der Beteiligungsquote)	0,00	-1.472.580,52	0,00	0,00	-1.472.580,52	-18.965.349,68	-10.597.514,04	-29.562.863,72	-31.035.444,24
Konzern-Jahresüberschuss	0,00	0,00	7.054.814,49	0,00	7.054.814,49	0,00	469.472,35	469.472,35	7.524.286,84
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>-1.472.580,52</b>	<b>-64.805.842,72</b>	<b>0,00</b>	<b>-66.278.423,24</b>	<b>-18.989.063,13</b>	<b>-10.128.041,69</b>	<b>-29.117.104,82</b>	<b>-95.395.528,06</b>
<b>Stand zum 31. Dezember 2010</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>24.908.009,81</b>	<b>204.067.320,01</b>	<b>0,00</b>	<b>258.975.329,82</b>	<b>1.141.442,65</b>	<b>-2.167.503,48</b>	<b>-1.026.060,83</b>	<b>257.949.268,99</b>
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-16.410,48	0,00	-16.410,48	-16.410,48
Konzern-Jahresüberschuss	0,00	0,00	15.705.226,14	0,00	15.705.226,14	0,00	3.024,98	3.024,98	15.708.251,12
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>15.705.226,14</b>	<b>0,00</b>	<b>15.705.226,14</b>	<b>-16.410,48</b>	<b>3.024,98</b>	<b>-13.385,50</b>	<b>15.691.840,64</b>
<b>Stand zum 31. Dezember 2011</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>24.908.009,81</b>	<b>219.772.546,15</b>	<b>0,00</b>	<b>274.880.555,98</b>	<b>1.125.032,17</b>	<b>-2.184.478,50</b>	<b>-1.039.446,33</b>	<b>273.841.109,63</b>

## **Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)**

### **Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2011**

Der Konzern der Stadtwerke Halle umfasst unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 32 Unternehmen aus den Bereichen Versorgung und Entsorgung, ÖPNV, Logistik, Informationstechnologie, Dienstleistungen und Freizeit. In Sachsen-Anhalt ist der Konzern die größte kommunale Unternehmensgruppe mit großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Die ökonomische Verflechtung der Stadtwerke-Gruppe in der Region besteht direkt über die Beauftragung von überwiegend regionalen Unternehmen für Investitionen, Instandhaltungen, Materiallieferungen sowie sonstige Dienst- und Fremdleistungen. Neben direkten und indirekten steuerlichen Fiskaleffekten entwickeln die Einkommen der im Jahresdurchschnitt 2011 beschäftigten 2.720 Mitarbeiter und Auszubildenden des Konzerns weitere Nachfrageeffekte im regionalen Wirtschaftskreislauf.

## **1 Wesentliche Veränderungen des Konzerns**

### **1.1 Strategieprozess „Kompass 2020“**

Im Verlauf des Jahres 2011 wurde das konzernweite Projekt „SWH-Kompass 2020“ begonnen. Inhalt des mehrjährigen Prozesses ist die strategische und nachfolgend operative Neuausrichtung der Stadtwerke-Gruppe zur Stärkung der Ertragskraft und zur Verbesserung der Finanz- und Vermögenslage. Die Namensgebung unterstreicht die beiden wesentlichen Merkmale des mit dem Projekt beabsichtigten Prozesses, nämlich die richtungsweisende Wirkung des Handelns sowie die mittel- bis langfristige Perspektive.

Unter Beteiligung aller Führungskräfte der Stadtwerke-Unternehmen wurden in zwei Führungskräfte tagungen und mehreren zentralen und dezentralen Projektgruppen ein Leitbild für die Unternehmensgruppe und hieran ausgerichtete Führungsgrundsätze erarbeitet. Darüber hinaus wurden ebenfalls unter Einbeziehung der Führungskräfte die wesentlichen Erfolgsfaktoren und deren Wirkungszusammenhänge in Bezug auf die strategischen Ziele der Stadtwerkegruppe entwickelt.

Die nächsten Schritte umfassen die Entwicklung eines neuen kennzahlenbasierten Steuerungssystems für die Stadtwerkegruppe sowie die Operationalisierung und Quantifizierung der entwickelten Ziele in Bezug auf die Einzelunternehmen samt Ableitung von Maßnahmen zur Zielerreichung.

## 1.2 Neue Geschäftsfeldstruktur

Im Anschluss an die Entwicklung von Leitbild und strategischen Zielen erfolgte die Weichenstellung für eine neue Führungs- und Geschäftsfeldstruktur für die Stadtwerke-Gruppe, die Anfang 2012 verabschiedet wurde. Der Konzern unterteilt sich nunmehr in die Geschäftsfelder „Energieversorgung und Energieeffizienz-Dienstleistungen“, „Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe“, „Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik“ und „Kommunale Infrastrukturdienstleistungen und interne Dienste“.

Die Steuerung der drei erstgenannten Konzern-Geschäftsfelder erfolgt zukünftig über die Geschäftsfeldführungsgesellschaften EVH GmbH, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft. Die den Geschäftsfeldern zugeordneten Beteiligungen sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

<b>Energieversorgung Energieeffizienz- Dienstleistungen</b>	<b>Wasserversorgung Abwasserentsorgung Abfallentsorgung Sekundärrohstoffe</b>	<b>Öffentlicher Personennahverkehr Mobilität Logistik</b>	<b>Kommunale Infrastruktur- dienstleistungen Interne Dienste</b>
<b>EVH GmbH</b> 100 % SWH	<b>Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH</b> 100 % SWH	<b>Hallesche Verkehrs AG</b> 100 % SWH	
<b>Energieversorgung Halle Netz GmbH</b> 100 % EVH	<b>Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau</b> 100 % SWH	<b>Hafen Halle GmbH</b> 100 % SWH	<b>IT-Consult Halle GmbH</b> 100 % SWH
<b>Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH</b> 100 % EVH	<b>RAB Halle GmbH</b> 100 % SWH	<b>OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH</b> 51 % HAVAG	<b>FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH</b>
<b>Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH</b> 50 % SWH	<b>TELONON Abwasser- behandlung GmbH</b> 100 % SWH	<b>Saalebus GmbH</b> 50 % HAVAG	<b>Maya mare GmbH &amp; Co. KG</b> Komplementär: SWH 82,1 % Komplementär: HWS 12,5 %
<b>Meter1 Verwaltung GmbH</b>	<b>Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH</b> 60 % HWS	<b>Mitteldeutscher Verkehrsvorband GmbH</b> 10,05 % HAVAG	<b>Bäder Halle GmbH</b> 100 % SWH
<b>Meter1 GmbH &amp; Co. KG</b> Komplementär 33,3 % EVH	<b>Fornwasser Sachsen- Anhalt GmbH</b> 50 % SWH	<b>Einkaufs- u. Wirtschafts- gesellschaft für Verkehrs- unternehmen mbH</b> 0,55 % HAVAG	<b>W-H Wasser und Haustechnik GmbH</b> 100 % HWS
<b>Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)</b> 20 % SWH	<b>RPL Recyclingpark Lochau GmbH i.L.</b> 100 % SWH		<b>Stadtbefeuchtung Halle Service GmbH</b> 100 % SWH
<b>Energieunion AG</b> 3,4 % SWH			<b>Cives Dienste GmbH</b> 100 % HWS
<b>Trianel GmbH</b> 1,75 % SWH			<b>Servicegesellschaft Saale mbH</b> 51 % HAVAG
			<b>A/V/E GmbH</b> 21,9 % SWH
			<b>M-Exchange AG</b> 7 % SWH

Über die Möglichkeiten der unternehmens- und steuerrechtlichen Zuordnung der einzelnen Geschäftsfeldgesellschaften zu den Geschäftsfeldführungsgesellschaften im Wege der Veräußerung oder Sacheinlage wird im Verlaufe der nächsten zwei Jahre entschieden.

Der Geschäftsbereich „**Energieversorgung und Energieeffizienz-Dienstleistungen**“ beinhaltet in seinem Kernbereich die Erzeugung von Strom und Wärme, die Lieferung und die Verteilung von Strom, Gas und Wärme, die Speicherung von Wärme sowie die Erbringung vielfältiger energienaher Dienstleistungen (z.B. Nahwärmelösungen, Smart-Metering). Die Beteiligungen des Geschäftsbereiches ermöglichen dem Konzern die mittelbare Teilhabe an Großprojekten aus den Bereichen Energiespeicherung, Energiehandel, regenerative Energieerzeugung und Gemeinschaftskraftwerke verschiedenster Medien. Daneben runden kleinere Projektgesellschaften und Weiterverteiler das Geschäftsfeld ab.

Die Kernleistungen des Geschäftsbereiches „**Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe**“ bestehen in der Bereitstellung und Verteilung von Trinkwasser, in der Ableitung und Reinigung von Abwasser, in der Sammlung, Sortierung und Behandlung verschiedener Abfälle, in der Herstellung und Vermarktung von Sekundär- und Ersatzbrennstoffen, in der Erbringung von Straßenreinigungsleistungen sowie in der Durchführung vielfältiger kaufmännischer und technischer (Betriebsführungs-) Dienstleistung für Dritte in den vorgenannten Fachrichtungen.

Im Geschäftsfeld „**Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik**“ sind die verkehrsaffinen Aktivitäten der Stadtwerke-Gruppe konzentriert. Hierzu zählen die für die HAVAG typischen Verkehrsleistungen mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle und im angrenzenden Umland, Mietwagen- und Gelegenheitsverkehre und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs. Zudem werden Gütertransport-, Umschlags- und Logistikleistungen für verschiedene Verkehrsträger und sonstige Dispositionsdienstleistungen sowie auch Ansiedlungsmanagementleistungen durch die Hafen Halle GmbH erbracht. Die weiteren Beteiligungen des Geschäftsfeldes erbringen als Joint-Ventures mit anderen Verkehrsunternehmen geschäftsfeldnahe Services und Dienstleistungen für die HAVAG.

Das Geschäftsfeld „**Kommunale Infrastrukturdienstleistungen und interne Dienste**“ vereint alle ausgegliederten und geschäftsfeldübergreifenden internen Dienste des Konzerns, sowie Ausgliederungen typisch kommunaler Dienstleistungsbereiche. Das Geschäftsfeld ist Kompetenzzentrum für Informationstechnologie-, Telekommunikations- und Abrechnungsdienstleistungen der Konzernunternehmen und erbringt darüber hinaus Dienstleistungen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Systemintegration und Rechenzentrumsleistungen auch für externe Kunden. Des Weiteren werden Service- und Dienstleistungen in den Bereichen Zählerwesen, Gebäude- und Fahrzeugreinigungen erbracht. Schwerpunkte der kommunalen Infrastrukturdienstleistungen bilden das Betreiben von Freizeit- und öffentlichen Bädern sowie die Leistungen der Stadtbeleuchtung.

### **1.3 Neue Führungsstruktur, Konzernführung**

Mit der Festlegung auf die Geschäftsfeldführungsgesellschaften als (operativ) steuernde Einheiten wurde eine noch bessere, an den Anforderungen der jeweiligen Branche orientierte und damit alle Geschäftsfeldunternehmen einbeziehende Steuerung herbeigeführt. Neben der Neuausrichtung in der Geschäftsfeldstruktur erfolgte auch eine Neubestimmung für die Besetzung der Führungspositionen. Zukünftig werden die Geschäftsfeldführungsgesellschaften noch durch einen Geschäftsführer geleitet. Zudem werden Doppelbesetzungen in den Führungspositionen der Holding und der Tochterunternehmen mit dem Ziel beendet, die Verantwortlichkeiten auf den jeweiligen Ebenen und in den jeweiligen Branchen zu stärken.

Von der aufgezeigten Verschlinkung der Führungsstruktur sowie von der strikten Rollentrennung wird es temporär eine Ausnahme geben. Für den Zeitraum von zwei Jahren wird ein Stadtwerke-Geschäftsführer parallel als technischer Geschäftsführer in den drei Geschäftsfeld-Führungsgesellschaften bestellt. Zielstellung hierbei ist die Umsetzung konzerneinheitlicher Investitionsstandards und eines konzernweiten Asset-Managements. Hierin wird ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Finanz- und Vermögenslage der Stadtwerke-Gruppe gesehen.

Verantwortlich für die Steuerung des Gesamt-Konzerns ist die Konzerngeschäftsführung. Die Organisations-, Planungs- und Berichtsstruktur des Konzerns wird entsprechend der neuen Geschäftsfeldstruktur umgestellt. Die Schwerpunkte in der Steuerung des Konzerns bilden die Geschäftsfeldführungsgesellschaften EVH GmbH, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie Hallesche Verkehrs-AG.

### **1.4 Compliance-Management**

Die Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe stehen für Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit als Basis für Ergebnisorientierung durch engagierte Mitarbeiter, Anwendung innovativer Technologien und vernetzter Systeme für die Gestaltung einer lebenswerten Region. Verletzungen von geltenden Gesetzesvorschriften und unternehmensinternen Regelungen könnten diese Erfolgsfaktoren gefährden. Die Konzernführung hat sich daher zur Aufgabe gestellt, in der Stadtwerke-Gruppe bis zum Ende des Jahres 2012 ein Compliance-Management-System (CMS) einzuführen, um Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen und interne Regelungen präventiv entgegenzutreten. Die Einführung des CMS erfolgt auf der Grundlage eines mehrphasigen Prozesses, der folgende Abschnitte vorsieht:

1. Phase: Compliance-Risikoanalyse,
2. Phase: Konzeption eines CMS,
3. Phase: Einführung des CMS in der SWH-Gruppe.

Derzeit befindet sich das Projekt in der 2. Phase, der Konzeption des CMS. Zum 1. Januar 2012 wurde in der Holding eine Abteilung Konzerncompliance eingerichtet, die mit der bereits bestehenden Konzernrevision zusammengelegt wurde.

### **1.5 Steuerliche Organschaft**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Stadtwerke Halle GmbH mit der RAB GmbH einen Ergebnisabführungsvertrag mit Wirkung zum 1. Januar 2011 geschlossen. Für die RAB GmbH zeichnen sich nach der erfolgten Neuausrichtung auf die mechanische Behandlung gemischter Abfälle und die Auskopplung von Sekundärrohstoffen stabile positive Ergebnisse ab, welche steueroptimal für die Gruppe genutzt werden sollen.

Ebenfalls mit Wirkung zum 1. Januar 2011 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH abgeschlossen.

Nunmehr erstreckt sich die steuerliche Organschaft der SWH auf die Unternehmen EVH GmbH, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Hafen Halle GmbH, IT-Consult Halle GmbH, TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und RAB GmbH.

### **1.6 Zentralisierung von Leistungen**

Innerhalb der Unternehmensgruppe wurden die personalwirtschaftlichen Leistungen auf Ebene der Holding zentralisiert. Ebenso Öffentlichkeitsarbeit und Marketing mit Ausnahme des produktbezogenen Marketings. Beide Vorhaben werden im Jahr 2012 abgeschlossen.

## **2 Rahmenbedingungen**

### **2.1 Wirtschaftliche Entwicklung**

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft konnte auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise - wenn auch leicht abgeschwächt - fortgesetzt werden. Nach einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010 in Höhe von 3,7 % konnte im abgelaufenen Jahr eine Wachstumsrate von 3,0 % erreicht werden.

Im ersten Halbjahr 2011 zeigte sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft nur leicht hinter dem Bundesdurchschnitt rangierte. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im ersten Halbjahr um 3,9 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres wuchs, stieg das ostdeutsche Inlandsprodukt im entsprechenden Halbjahresvergleich um 3,6 % an. Entgegen diesem Trend konnte in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Halbjahresvergleich 2011 zu 2010 mit 4,5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt zulegen.

## **2.2 Arbeitsmarkt**

Die wirtschaftliche Entwicklung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Wirkungen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Bund um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Demgegenüber ging die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im Jahresverlauf um 0,7 %-Punkte zurück und erreichte einen Stand zum Jahresende von 11,3 %. Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum Sachsen-Anhalts führte auch auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Verbesserungen: die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,8 %-Punkte auf 11,7 %.

## **2.3 Bevölkerungsentwicklung**

Bereits zum zweiten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung nach zuvor jahrzehntelangem Rückgang vermeiden. Mit 231.639 Einwohnern lebten 808 Menschen mehr in der Saalemetropole als noch ein Jahr zuvor. Der Zuwachs von 2009 auf 2010 betrug 454 Einwohner. Diese Entwicklung ist vor allem auf das Wachstum der Universität, des Weinberg-Campus und der großen Forschungsinstitute am Standort zurückzuführen.

Trotz dieser positiven Entwicklung kann noch nicht von einer nachhaltigen Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung ausgegangen werden. Die Prognosen deuten immer noch auf zukünftig abnehmende Bevölkerungszahlen hin.

## **2.4 Umfeldentwicklungen**

Die Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe sind sachlich und räumlich in unterschiedlichen Märkten tätig. Die Märkte wiesen aber in Folge fortgesetzt hoher Wettbewerbsintensitäten, steigendem Erlös- und Kostendruck sowie hohen Qualitätsanforderungen vergleichbare Entwicklungsmuster auf.

Daneben behielten die Volatilitäten auf den Rohstoffmärkten weiterhin eine hohe Relevanz für die Erfolgsposition der Stadtwerkegruppe. In erster Linie bezog sich dieses auf die Energie-, Wertstoff- und Wasserpreise. Bezugsseitig hatten die Preisentwicklungen für Energien, Wasser und Kraftstoffe bedeutenden Einfluss auf die Kostenentwicklung der Gruppe bei wettbewerbsbedingt geringeren Preiswältzungsspielräumen.

Neben den vorgenannten Entwicklungen hatte die SWH auch die gestiegenen Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin zu beachten, die auf eine vollständige Deckung des Betriebskostenzuschussbedarfes des ÖPNV durch Eigenmittel der Gruppe hinausliefen.

# **3 Ertragslage des Konzerns**

## **3.1 Gesamtbetrachtung**

Im Geschäftsjahr 2011 erzielte der Konzern einen Jahresüberschuss von 15,7 Mio. EUR. Hierbei konnten zum zweiten Mal in Folge sämtliche Zuschuss- und Verlustbereiche des Konzerns aus Eigenmitteln gedeckt werden.

Die Außenumsätze des Konzerns konnten zum Vorjahr nochmals um ca. 19,4 Mio. EUR gesteigert werden und erreichten 574,0 Mio. EUR. Der Anstieg der Erlöse von 3,5 % resultierte hauptsächlich aus Stromverkauf, aus Netzbetrieb, aus Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffvermarktung, dagegen waren die Umsätze aus Gasverkauf und die sonstigen Umsätze rückläufig.

Umsatzleistungen (konsolidiert)	2011	2010	2009	2008	2007
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stromversorgung	193,5	170,5	164,8	182,3	175,8
Erdgasversorgung	101,4	108,9	49,9	45,6	42,4
Fernwärmeversorgung	54,8	54,7	57,4	52,4	48,9
Netzbetrieb	21,9	17,0	12,7	9,8	6,8
Abwasserentsorgung	40,3	40,9	40,7	40,7	41,6
Wasserversorgung	32,1	31,9	31,5	32,1	31,4
Öffentlicher Personennahverkehr	38,0	36,1	36,7	33	35
Abfallentsorgung	22,1	18,9	21,4	15,1	14,9
Reinigungsdienstleistungen	11,2	10,9	10,2	10,2	11,4
Freizeit (Bäder)	5,2	4,5	3,9	3,7	3,3
DV/IT-Dienstleistungen	7,4	7,8	6,5	6,2	5,9
Hafen-Leistungen	1,3	1,3	0,5	0,6	0,6
Sonstiges	44,8	51,2	31,5	27,8	35
<b>Gesamt</b>	<b>574,0</b>	<b>554,6</b>	<b>467,7</b>	<b>459,5</b>	<b>453</b>

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich im Vorjahresvergleich um ca. 20 Mio. EUR, wobei der Vorjahreswert durch einmalige Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Finanzanlagen geprägt war. Die Gesamtleistung des Konzerns konnte mit einem Zuwachs von 1,5 Mio. EUR auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 wurden nachfolgend dargestellte Absatzleistungen erzielt:

Absatzleistungen (konsolidiert)	Einheit	2011	2010	2009	2008	2007
Stromversorgung	GWh	1.699,45	1.523,01	1.424,60	1.659,70	1.774,50
Erdgasversorgung	GWh	2.786,61	3.208,10	1.141,00	1.043,40	1.037,30
Fernwärmeversorgung	GWh	675,86	810,02	741,1	710,6	684
Abwasserentsorgung	Mio. m <sup>3</sup>	9,1	9,3	9,5	9,6	9,6
Wasserversorgung	Mio. m <sup>3</sup>	16,4	16,3	16,2	16,7	17,2
Öffentlicher Personennahverkehr						
Beförderte Personen	Tausend	53.538	55.566	54.841	55.356	57.357
Personen-km	Mio.	331	343	342	347	359
Abfallwirtschaft						
Rest-, Bio- und Sperrmüll	t	74.550,59	74.281,29	69.552,80	74.988,00	77.743,10
Bauabfälle	t	33.319,15	26.573,98	23.702,00	18.799,60	17.830,60
LVP-Fractionen	t	6.647,88	6.589,72	6.461,80	6.340,90	6.456,90
PPK-Fractionen	t	17.355,97	17.365,99	26.670,90	30.101,40	27.127,90
Containerumschläge	Anzahl	37.982,00	32.593,00	28.884,00	30.961,00	29.054,00
Gebäudereinigung	Objekte	284	287	292	284	337
Kehrkilometer	km	57.241,99	50.779,29	53.295,30	56.497,10	58.294,40

Der zum Vorjahr um 23,6 Mio. EUR gestiegene Materialaufwand korrespondiert wesentlich mit den gestiegenen Bezugsmengen in Folge der erhöhten Absätze. Die aus den Umsatzerlösen und dem Materialaufwand ermittelte Rohmarge der Stadtwerke-Gruppe konnte im Vorjahresvergleich um 4,2 Mio. EUR zulegen. Dagegen wies der Deckungsbeitrag des Vorjahres in Folge einmaliger Veräußerungsgewinne einen um 22 Mio. EUR höheren Wert aus.

Im Vorjahresvergleich stieg der Personalaufwand des Konzerns um 4,3 Mio. EUR auf 114 Mio. EUR, was hauptsächlich Folge von Tarifsteigerungen war.

Die Abschreibungen des Konzerns verringerten sich im Vorjahresvergleich um 10,8 Mio. EUR auf 66,6 Mio. EUR. Der Vorjahreswert wies durch eine außerplanmäßige Abschreibung einen überdurchschnittlich hohen Wert aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen um 14,2 Mio. EUR unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Hauptgrund hierfür waren im Vorjahresvergleich gesunkene Rückstellungszuführungen und Einsparungen bei den meisten Konzernunternehmen.

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 resultierte ein um 2,8 Mio. EUR geringeres Beteiligungsergebnis des Konzerns hauptsächlich auf Grund der Equity-Konsolidierung der KWT (Gewinnanteil 2010 rd. 2,1 Mio. EUR, Verlustanteil 2011 rd. 0,6 Mio. EUR).

Das Finanzergebnis lag mit -16,1 Mio. EUR um 2,5 Mio. EUR unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Hierbei verzeichnete der Konzern geringere Zinserträge (3,6 Mio. EUR, Vorjahr: 5,8 Mio. EUR) aus der Geldanlage, da in Folge der Gewinnausschüttung des Vorjahres die Liquidität des Cash-Pools deutlich verringert wurde. Dagegen blieben die Zinsaufwendungen auf Vorjahresniveau.

Der Konzern erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr in Folge der vorgenannten Entwicklungen ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 21,0 Mio. EUR.

Das außerordentliche Ergebnis betrug -5,1 Mio. EUR. Auf Grund des Wegfalles der im Vorjahr bei HWS und HAVAG gebildeten Rückstellungen für Personalanpassungsmaßnahmen verbesserte sich das Ergebnis um 10,1 Mio. EUR.

## 3.2 Ertragslage der Geschäftsfeldführungsgesellschaften

### 3.2.1 EVH

Durch die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch im Jahr 2011 vor fortgesetzt neuen Herausforderungen. Zu nennen war die Verabschiedung des Maßnahmenpaketes zur Energiewende mit insgesamt sieben Gesetzen und Verordnungen zur Anpassung und Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes, des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes sowie der Novellierung des Atomgesetzes.

Darüber hinaus war die Energiewirtschaft durch eine weiterhin hohe Wettbewerbsintensität gekennzeichnet, welche es auch den Kunden im Netzgebiet Halle fortgesetzt ermöglichte, zwischen einer Vielzahl von Strom- und Gasanbietern zu wählen. Die EVH hatte den Wettbewerb in der Energiewirtschaft schon immer als Chance für den eigenen, auch überregionalen, Marktauftritt verstanden und konsequent genutzt. Hierzu zählte und zählt ebenfalls auch eine kontinuierliche Pflege und kreative Weiterentwicklung des Produkt- und Dienstleistungsportfolios.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 konnte die EVH ihren Stromabsatz nochmals um 164 GWh oder 10,4 % auf 1.741 GWh erhöhen. Davon entfielen auf den Absatz im Netzgebiet 482 GWh, außerhalb des Netzgebietes wurden 607 GWh abgesetzt und auf die Direktvermarktung der Kraftwerkserzeugung entfielen 652 GWh. Während im angestammten Netzgebiet Halle nochmals ein Rückgang der abgesetzten Strommengen in Höhe von 27 GWh (Vorjahr 49 GWh) zu verzeichnen war, konnte der Absatz außerhalb des Netzgebietes um 161 GWh (Vorjahr +287 GWh) nochmals ausgebaut werden. Der Umsatz aus dem Stromverkauf stieg im Vorjahresvergleich um 21,2 Mio. EUR (+11,9 %) auf 199,6 Mio. EUR.

In Folge der vergleichsweise milden Witterung verringerten sich der Gas- und der Fernwärmeabsatz der Gesellschaft (Rückgang der Gradtagszahl um 20,9 %). Hierbei verringerte sich der Gasabsatz an die Endkunden um 181 GWh auf 1.248 GWh (-12,6 %) und an die KWT um 240 GWh auf 1.551 GWh (-13,4 %). Bedingt durch Preisanpassungen verringerte sich der Umsatz aus dem Gasverkauf nur um 5,5 % (oder ca. 6,0 Mio. EUR) auf 103,1 Mio. EUR. Der Wärmeabsatz gab witterungsbedingt um 168,3 GWh oder 17,6 % nach und erreichte 789,2 GWh. Der Umsatz verringerte sich um 1,3 Mio. EUR auf 60,1 Mio. EUR.

Die Gesamtleistung der EVH betrug (ohne Strom- und Erdgassteuer) 454,5 Mio. EUR. Dies bedeutete eine Zunahme im Vorjahresvergleich von 7,6 Mio. EUR. Die insbesondere höheren Stromabsätze der EVH führten auch zu einem gestiegenen Aufwand für Materialbezug und Netznutzung von zusammen 13,4 Mio. EUR, so dass der Deckungsbeitrag der Gesellschaft um etwa 5,8 Mio. EUR zurückging.

Die Gesellschaft führt auf Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages an die Stadtwerke Halle GmbH ihren gesamten handelsrechtlichen Gewinn des Geschäftsjahres 2011 in Höhe von 23,0 Mio. EUR ab (Vorjahr 25,4 Mio. EUR)

### **3.2.2 HWS**

Die Entwicklung der HWS war und wird prinzipiell durch die Auswirkungen der auch zukünftig anzunehmenden rückläufigen Bevölkerungsentwicklung im Marktgebiet bei Wasserver- und Abwasserentsorgungsleitungen geprägt. Zudem war der Bereich Abfallentsorgung, -behandlung und Reinigungslogistik durch eine weiterhin hohe Wettbewerbsintensität gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der vorgenannten Entwicklungen zielte HWS auf den Erhalt des Wirtschaftlichkeitsniveaus durch ein weiterhin konsequentes Kostenmanagement.

Die HWS erwirtschaftete Umsatzerlöse in Höhe von 115,1 Mio. EUR, welche den entsprechenden Vorjahreswert um rd. 4,1 Mio. EUR übertrafen. Hierbei lagen die Erlöse aus Trinkwasserlieferungen bei einem um 514 Tm<sup>3</sup> (bzw. 3,2 %) höheren Absatz nahezu auf Vorjahresniveau.

Die Abwasserentsorgung verzeichnete im Rahmen der Nachkalkulation von Kostenüberdeckungen einen leichten Erlösrückgang von 0,9 Mio. EUR und erreichte 40,9 Mio. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Geschäftsfeld Abfallentsorgung/Reinigung deutlich um 3,0 Mio. EUR auf 28,6 Mio. EUR zulegen. Hintergrund der Entwicklung waren sowohl gestiegene Mengen als auch höhere Vermarktungspreise für Sekundärrohstoffe.

Die sonstigen Umsatzerlöse der HWS erhöhten sich in Folge gesteigerter Betriebsführungsleistungen sowie bei der Deponiesickerwasserübernahme um 1,8 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten 2,4 Mio. EUR. Hintergrund war der überdurchschnittlich hohe Wert des Vorjahres, der durch Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Abschreibung des Wasserwerkes Beesen entstanden war.

Die Gesamtleistung der HWS stieg in Folge der vorgenannten Entwicklungen bei den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Erträgen um 1,7 Mio. EUR.

Der Materialaufwand der HWS lag im Geschäftsjahr 2011 mit 27,9 Mio. EUR um 1,9 Mio. EUR höher als im Vorjahr, hauptsächlich in Folge einmalig höherer Aufwendungen für Instandhaltung und Sanierung (Trink- und Abwasser) und zusätzlicher Transportaufwendungen für Deponiesickerwasser.

Bei einer um 1,7 Mio. EUR gestiegenen Gesamtleistung und einem Anstieg der variablen Kosten von 1,9 Mio. EUR konnte das Deckungsbeitragsvolumen mit 91,2 Mio. EUR auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Fixkosten der HWS verringerten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 7,0 Mio. EUR auf 70,4 Mio. EUR, so dass ein operatives Ergebnis von 20,8 Mio. EUR resultierte. Bei fixen Aufwendungen verringerten sich die Personalaufwendungen um 0,2 Mio. EUR, die Abschreibungen verringerten sich in Folge der im Vorjahr bilanzierten außerplanmäßigen Abschreibungen um 8,1 Mio. € EUR während der sonstige betriebliche Aufwand um 1,3 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr angestiegen war.

Bei einem leicht gestiegenen Zinsergebnis (+0,2 Mio. EUR) verbesserte die HWS ihren Jahresüberschuss (Vorjahr Jahresfehlbetrag) um 11,5 Mio. EUR auf 9,1 Mio. EUR, welcher an die SWH abgeführt wird.

### **3.2.3 HAVAG**

Grundlage für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete der bis zum Jahr 2012 fortgeschriebene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH.

Gegenüber dem Vorjahr war im Jahr 2011 eine Leistungsreduzierung im Straßenbahnbereich um -51,6 Tsd. Nutz-Zug-km (-0,9 %) bzw. um -53,0 Tsd. Nutz-Wagen-km (-0,7%) zu verzeichnen. Diese war im Wesentlichen auf den Wegfall von Umleitungskilometern im Zusammenhang mit der Baustelle „Klausbrücke“ ab April 2011 zurückzuführen. Der Rückgang der Nutz-Wagen-km im Busbereich gegenüber dem Jahr 2010 um 256,6 Tsd. oder 7,2% war insbesondere mit den durchgeführten Angebotsoptimierungen zu erklären.

Im Geschäftsjahr 2011 war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Fahrgastzahlen um -2,0 Mio. auf 53,5 Mio. zu verzeichnen, welcher im Wesentlichen durch verringerte Beförderungen bei Schülern und Auszubildenden (ca. -1,5 Mio), witterungsbedingt geringere Beförderungszahlen (ca. -0,6 Mio. im Vorjahresvergleich) und durch rückläufige Beförderungen von Schwerbehinderten, Übersteigern sowie Nutzern der 9 Uhr-Monatskarte (insgesamt ca. -0,5 Mio.) beeinflusst wurde. Dem gegenüber standen Fahrgastzuwächse (ca. +0,6 Mio.) bei Studenten in Folge des erhöhten Absatzes des Semestertickets.

Die Gesamtleistung der HAVAG betrug (ohne Betriebskostenzuschuss) 51,4 Mio. EUR und lag um 2,7 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Zwar verringerten sich in Folge der gesunkenen Fahrgastzahlen die Erlöse aus Straßenbahn- und Busbetrieb, jedoch wurden die Effekte durch gestiegene Ausgleichleistungen für den Ausbildungsverkehr und durch höhere sonstige betriebliche Erträge in Folge von Anlagenabgängen (Verkauf von Straßenbahnfahrzeugen) wettgemacht.

Der Gesamtaufwand konnte im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden. Hierbei war allerdings zu beachten, dass das Vorjahr durch Sondereffekte (Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen im Personalbereich) überdurchschnittlich einmalig hohe Werte aufwies.

Der Materialaufwand stieg im Vorjahresvergleich leicht um 0,6 Mio. EUR auf 25,2 Mio. EUR an, während der Personalaufwand um 0,6 Mio. EUR auf 29,8 Mio. EUR sank. Die Abschreibungen der HAVAG verringerten sich dagegen um 1,6 Mio. EUR, hauptsächlich wegen im Vorjahr getätigter außerplanmäßiger Abschreibungen. Zudem fielen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vorjahresvergleich um 3,6 Mio. EUR geringer aus. Der Vorjahreswert war durch einmalige Aufwendungen aus der Bildung einer Drohverlustrückstellung gekennzeichnet.

Im Ergebnis der vorgenannten Entwicklungen erzielte die HAVAG bei einem um -1,3 Mio. EUR gesunkenen Betriebskostenzuschuss nach Maßgabe des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages ein Jahresergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 3,0 Mio. EUR.

#### **4 Vermögens- und Finanzlage**

Der Konzern wies zum Stichtag eine Bilanzsumme von 1.259,9 Mio. EUR aus. Der Rückgang zum Vorjahr betrug somit 22,8 Mio. EUR.

Hierbei verringerte sich das Konzernanlagevermögen nur leicht um 1,2 Mio. EUR auf 1.020,1 Mio. EUR. Das Immaterielle Vermögen ging insgesamt um ca. 0,4 Mio. EUR zurück, wobei die Werte für entgeltlich erworbene Konzessionen, Schutzrechte und Lizenzen um 0,8 Mio. EUR zulegten, während der Geschäfts- und Firmenwert durch die konsolidierungsbedingte Abschreibung von Unterschiedsbeträgen aus der Kapitalkonsolidierung (hier EVH) um 1,3 Mio. EUR abnahm.

Das Sachanlagevermögen bilanzierte in Höhe des Vorjahresniveaus. Dabei verringerten sich bedingt durch Abschreibungen die bebauten Grundstücke um 2,8 Mio. EUR und die technischen Anlagen und Maschinen um 9,9 Mio. EUR. Dagegen stiegen die Aktiva aus geleisteten Anzahlungen für Anlagen im Bau um 11,9 Mio. EUR.

Die Finanzanlagen wurden mit einem Wert von 22,1 Mio. EUR bilanziert und lagen geringfügig unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (-0,3 Mio. EUR).

Das Umlaufvermögen des Konzerns verringerte sich um rd. 21,3 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Dabei stiegen die Vorräte leicht um 1,2 Mio. EUR an, während sich die Forderungspositionen saldiert weitgehend unverändert zeigten und sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 6,1 Mio. EUR verringerten.

Zusätzlich zur Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ war die Abnahme der Bilanzsumme auf der Aktivseite maßgeblich auf die um 14,3 Mio. EUR niedrigeren flüssigen Mittel der Konzernunternehmen zurückzuführen.

Das Eigenkapital des Konzerns erhöhte sich durch den in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellten Jahresüberschuss um 15,7 Mio. EUR auf 273,6 Mio. EUR.

Die ertragswirksame Auflösung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung (hier SWH alt) führte zu einer Verringerung des Ansatzes um 10,9 Mio. EUR. Der verbleibende Unterschiedsbetrag wird letztmalig im Geschäftsjahr 2013 ertragswirksam aufgelöst. Danach wird das Konzernjahresergebnis entsprechend geringer ausfallen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge wurde korrespondierend zu den Abschreibungen aufgelöst. Die sonstigen Rückstellungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,6 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns nahmen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 15,2 Mio. EUR ab, hauptsächlich auf Grund von um 21,7 Mio. EUR geringerer Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Im Vorjahreswert war ein Cash-Pool-Guthaben der KWT von 6,6 Mio. EUR enthalten.

Unter Einbeziehung von 50 % der Sonderposten verfügte der Konzern über ein betriebswirtschaftliches Eigenkapital von 428,4 Mio. EUR. Die hierauf bezogene Eigenkapitalquote (i. w. S.) betrug 34,0 % (Vorjahr: 33,1 %).

	2011	2010	2009	2008	2007
Bilanzsumme (in TEUR)	1.259.949	1.282.792	1.340.400	1.230.955	1.255.055
Eigenkapitalquote (in %)*	22,6%	21,8%	28,8%	25,9%	25,2%
Eigenkapitalquote i. w. S. (in %)**	34,0%	33,1%	39,8%	38,3%	37,7%

\* In die Eigenkapitalquote wurde der Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung einbezogen.

\*\* Die Eigenkapitalquote im weiteren Sinne wurde unter Hinzurechnung von 50 % der Sonderposten ermittelt. Dies erfolgte trotz des Bestehens von Ergebnisabführungsverträgen, in dessen Folge eine etwaige Besteuerung auf Ebene der Gesellschafterin als Organträger vorzunehmen ist und somit eine 100 % Hinzurechnung angemessen wäre.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 43,3 Mio. EUR und verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr (70,9 Mio. EUR) um 27,6 Mio. EUR.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit erreichte einen Betrag von 71,1 Mio. EUR (Vorjahr 37,5 Mio. EUR). Hierbei wirkten sich im Vorjahr die Einzahlungen aus der Veräußerung von Beteiligungen (KWT und GISA) positiv aus, während im Geschäftsjahr 2011 gestiegene Auszahlungen für Investitionen (+13,5 Mio. EUR zum Vorjahr) den Liquiditätsstatus beeinflussten.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit betrug 23,1 Mio. EUR in Folge von Darlehensneuaufnahmen (+5,6 Mio. EUR) und durch Vereinnahmung von Abnehmerbeiträgen und Betriebskostenzuschüssen Dritter (+17,5 Mio. EUR).

Der Finanzmittelfonds des Konzerns verringerte sich zum Vorjahr um 4,8 Mio. EUR, da die Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit die Liquiditätsabflüsse für Investitionen nicht vollständig decken konnten.

Die EVH GmbH hatte bei einer Bilanzsumme von 336,4 Mio. EUR (Vorjahr: 356,3 Mio. EUR) ein betriebswirtschaftliches Eigenkapital von 92,5 Mio. EUR (inkl. 50 % der Sonderposten). Die Eigenkapitalquote betrug 27,5 % (Vorjahr: 26,6 %). Im Geschäftsjahr wurden Investitionen von 22,5 Mio. EUR getätigt. Die planmäßigen Abschreibungen betragen 22,6 Mio. EUR, der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit 32,9 Mio. EUR (Vorjahr: 50,6 Mio. EUR).

Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital der HWS betrug bei Hinzurechnung von 50 % der Sonderposten zum Stichtag 96,4 Mio. EUR (im Vorjahr 96,8 Mio. EUR). Die darauf bezogene Eigenkapitalquote erreichte mit 21,7 % das Vorjahresniveau von 22,2 %. Die Investitionen betragen 17,2 Mio. EUR. Die planmäßigen Abschreibungen der Gesellschaft lagen bei 17,8 Mio. EUR. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit der HWS betrug 25,3 Mio. EUR.

Die HAVAG verzeichnete ein betriebswirtschaftliches Eigenkapital unter Hinzurechnung von 50 % der Investitionszuschüsse in Höhe von 183,9 Mio. EUR (der Vorjahreswert betrug 184,0 Mio. EUR). Dieses bedeutete eine Eigenkapitalquote im weiteren Sinne in Höhe von 54,7 % (54,3 % im Vorjahr). Unter Verwendung von 13,0 Mio. EUR Fördermittel wurden im Geschäftsjahr 2011 Investitionen von insgesamt 21,6 Mio. EUR ausgelöst. Die Abschreibungen der HAVAG beliefen sich nach Verrechnung mit Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse auf 7,9 Mio. EUR (Vorjahr: 9,5 Mio. EUR). Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit der HAVAG betrug ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse -13,6 Mio. EUR (zu -20,2 Mio. EUR im Vorjahr).

## **5 Finanzmanagement**

Die Rahmenbedingungen für die eigenverantwortlichen Darlehensaufnahmen der Konzernunternehmen sind konzerneinheitlich in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die Vereinheitlichung von zu gewährenden Sicherheiten und weiteren Vertragsbedingungen.

Die SWH führt ein aktives Zinsmanagement durch. Zu diesem Zweck wird konzernweit eine Software zur Zinsrisikoerfassung und -bewertung eingesetzt. Mit Hilfe von Positionslimits (für das Verhältnis von variablen und fixen Positionen) und Risikolimits (für Cash Flow at Risk und Value at Risk) werden die zinstragenden Positionen des Konzernportfolios gesteuert. Im Konzern werden Zinssicherungsinstrumente ausschließlich mit dem Ziel der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt – ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch des Cash Pools) ausschließlich bei einlagengesicherten Banken getätigt.

## **6 Risikomanagement**

In das Risikomanagement sind alle wesentlichen Konzernunternehmen einbezogen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Dokumentation und Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegegnung erfolgen nach einem konzern einheitlichen System. Im Geschäftsjahr 2008 wurde das Risikomanagement überarbeitet. Durch neue Regelungen zur Bewertung potenzieller Risiken ist die konzernweite Bewertung von Risiken hinsichtlich ihrer Schadenshöhen und ihrer Aggregation verbessert worden.

## **7 Risiken, Chancen und Ausblick**

Die zukünftigen Anforderungen an die Geschäftsfelder des Konzerns werden durch einen weiter anhaltenden Ertrags- und Kostendruck geprägt sein. Dieser ergibt sich aus den auch in Zukunft zu erwartenden negativen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung im Zusammenhang mit den Vorhaltekosten für die Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen (Unteilbarkeiten), aus den für alle Geschäftsfelder erwarteten zunehmenden Wettbewerbsintensitäten, sowie aus den wieder anziehenden und voraussichtlich auf hohem Niveau verharrenden Rohstoffpreisen.

Die Konzernführung beabsichtigt deshalb auch zukünftig Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Geschäftsfelder abzielen, insbesondere durch die Schaffung von Kosten- und Effizienzvorteilen. Die im Geschäftsjahr 2010 eingeleiteten Maßnahmen bei HWS und HAVAG zur Personalanpassung und die zurückliegenden Optimierungsmaßnahmen durch die konzernweite Zusammenführung der Personalwirtschaft, der Abrechnungs- und Telekommunikationsleistungen, des Fuhrparks und der Öffentlichkeitsarbeit stellen beispielgebende Schritte zur Nutzung von Synergiepotenzialen in der Stadtwerke-Gruppe dar.

Ein besonderer Schwerpunkt in den nächsten beiden Jahren wird in der Einführung eines zentralen strategischen Asset-Managements und der Festlegung einheitlicher Standards für geschäftsfeldübergreifende Investitionsprogrammentscheidungen in planerischer, technischer und kaufmännischer Hinsicht bestehen. Hierin wird ein bedeutendes Instrument zur Verbesserung der Vermögens- und Finanzlage und der operativen Expertise gesehen.

Daneben erfolgt eine regelmäßige Beobachtung des regionalen Marktumfeldes hinsichtlich möglicher Kooperations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Hierin werden auch weiterhin Chancen zur Nutzbarmachung von Effizienz- und Synergiepotentialen gesehen.

Die Stadtwerke Holding ist über die bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen mittelbar verbunden. Mittels des bestehenden Berichtswesens und der bestehenden Regelungen zur Risiko- und Akutberichterstattung ist eine frühzeitige Kenntnisnahme und Reaktion auf negative Entwicklungen gewährleistet.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist der Konzern nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich durch ein aktives Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld in den Bereichen der Ver- und Entsorgungswirtschaft.

Bestehende Risiken werden mit den folgenden Maßnahmen gemindert:

- Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschläge in Höhe des voraussichtlichen Leistungsumfangs vereinbart und eingezogen. Zudem ist ein funktionsfähiges Mahnwesen eingerichtet.
- Betreffend Zahlungsstromrisiken aus Finanzverbindlichkeiten (Zins- und Tilgungsleistungen) erfolgt ein aktives Zinsmanagement (fest vereinbarte Zinssätze, Sicherung variabler Zinssätze) sowie die grundsätzlich langfristige Vereinbarung von Tilgungsplänen.
- Abschluss langfristiger Verträge zum Ausschluss von Preisänderungsrisiken.

Die Konzern-Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2012 einen Konzernjahresüberschuss von ca. 11 Mio. EUR.

## 7.1 EVH

Die Beschaffungsmärkte sind weiterhin durch große Preisschwankungen gekennzeichnet, weshalb der Absicherung von Marktpreisrisiken eine bleibend hohe Bedeutung zukommt. Die EVH tätigte für die Jahre 2012 und 2013 Sicherungsgeschäfte zur Minimierung der Auswirkungen schwankender Marktpreise auf den Deckungsbeitrag der Strom- und Wärmeproduktion.

Unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Marktpreissituation besteht ab dem Jahr 2013 weiterhin das Risiko verminderter Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der im Kraftwerk Dieselstraße erzeugten Elektrizität.

Die Konzessionsverträge für Strom und Gas mit der Stadt Halle (Saale) laufen zum 31. Dezember 2012 aus. Die EVH als bisherige Konzessionsnehmerin hat sich fristgerecht auf die Konzessionen beworben und geht davon aus, mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH, die im Angebot die Funktion des Netzbetreibers übernimmt, auch weiterhin den Netzbetrieb übernehmen zu können. Im Ergebnis der Verhandlungsgespräche mit der Stadt Halle (Saale) liegen abgestimmte Verträge vor.

Daneben birgt der auch für die Zukunft zu erwartende Bevölkerungsrückgang Risiken aus überplanmäßigen Aufwendungen bezüglich der Anpassung von Versorgungsinfrastrukturen.

Weitere Risiken resultieren aus der Mindestabnahmeverpflichtung von Kommunal- und Kraftwerksgas bei milder Witterung sowie aus ansteigenden Forderungsausfällen.

Die EVH erwartet ein Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2012 von 24 Mio. EUR.

## **7.2 HWS**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der Vertrag über die öffentliche Abfallentsorgung mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossen werden. Darüber hinaus stehen die Abschlüsse der Verträge über die Stadtreinigung und den Winterdienst unmittelbar bevor. Die Verträge haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2021 bzw. 2022.

Für das Geschäftsfeld der HWS werden in den nächsten Jahren weitere Rückgänge der erlöswirksamen Mengen in den Sparten Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung durch den anhaltenden Bevölkerungsrückgang und durch die weiterhin sparsamen Verbrauchsverhalten erwartet.

Darüber hinaus sind im Rahmen des Stadtumbaus weitere Aufwendungen aus dem Rückbau und der Stilllegung von Anlagen nicht auszuschließen.

Unverändert ist der Markt für Abfallentsorgungsleistungen von konjunkturell stark schwankenden Wertstoff- und Entsorgungspreisen geprägt. Mit dem weiterhin umstrittenen Entwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes kann der zunehmende Wandel der Abfallwirtschaft zur Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft konsequent vorangetrieben werden. Seit mehreren Jahren entwickelt die HWS die Unternehmensfunktion der Stoffstromwirtschaft weiter und richtet diese auf die stetig ändernden Markt- und gesetzlichen Rahmenbedingungen aus.

In der Anwendung und weiteren Verbesserung eines konsequenten Kostenmanagements zur Begegnung bzw. Adaption der vorgenannten Entwicklungen sieht die HWS künftige Chancen.

Die HWS erwartet ein Jahresergebnis für das Jahr 2012 in Höhe von 7,1 Mio. EUR.

## **7.3 HAVAG**

Im Geschäftsumfeld der HAVAG spielen die tariflichen Entwicklungen im Vergleich zu Mitbewerbern und die weitere europäische Marktöffnung eine hervorgehobene Rolle für die Entwicklung der zukünftigen Vermögens- und Ertragslage.

Zur - auch vorwegnehmenden - Begegnung der vorgenannten Einflüsse wurden in den zurückliegenden Jahren Maßnahmen und Ziele zur Restrukturierung und Optimierung der HAVAG erarbeitet und mit deren Umsetzung begonnen.

Die HAVAG plant für das Geschäftsjahr 2012 mit einem Betriebskostenzuschussbedarf in Höhe von 22,8 Mio. EUR.

## **8 Nachtragsbericht**

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von wesentlicher Bedeutung wären.

Halle (Saale), den 21. Mai 2012

Die Geschäftsführung

Matthias Lux  
(Vorsitzender)

François Girard

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther